

Sattler-Zeitung

Nr. 2.

Berlin, den 17. Januar 1908.

22. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Freitags.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen pro
Vierteljahr 60 Pfennig

Verlag und Redaktion:
Peter Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 58.
Telephon: Amt IV, 2120.

Inserate die 8 gespaltene Petit-Zeile 80 Pf.
bei Wiederholungen bedeutende Ermäßigung.

Beitragszahlung!

Wer sich vor Schaden behüten will, zahle regelmässig seine Beiträge. Wer länger als 5 Wochen seine Beiträge schuldet, erhält keine Unterstützung. Wer länger als 8 Wochen im Rückstande ist, verliert seine Mitgliedschaft.

Inhalt: Aufruf zur Beitragszahlung. — Die Stellung Preußens im Reich. — Das Geleb von der Erhaltung der Kraft. — Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906. II. — Künste Konferenz der Vorstände resp. Vertreter der gewerkschaftlichen Centralverbände Deutschlands. — Zur Verjährungsfrage. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Rundschau. — Korrespondenzen. — Wichtig für Einzelmitglieder. — Bekanntmachungen der Hauptverwaltung. — Sterbetafel. — Bücherei. — Verband der Sattler und verwandten Berufsgenossen in der Schweiz. — Inserate.

Die Stellung Preußens im Reich.

Das Jahr 1868 hat einen tiefen Einschnitt gemacht in der innerpolitischen Entwicklung Preußens und Deutschlands. Bis dahin hat das Bürgertum in seiner großen Mehrheit wie in den übrigen Einzelstaaten auch in Preußen sich gegen die bürokratische Regierung in ausgesprochener Opposition befunden. Auch auf die Unterstützung des Proletariats hätte es für eine wirtlich ernsthafte Betätigung dieser Opposition rechnen können. Es fand aber niemals über schwächliche Haltungen hinaus, auch nicht, als es in der sogenannten Konfliktszeit gegen den Militarismus anämpfte. Als dann nach dem Sieg Preußens über Österreich die preußische Regierung die Einigung der Einzelstaaten unter Ausschluss Österreichs in die Wege leitete, gab die große Mehrheit des Bürgertums die Oppositionsstellung völlig auf, da seine dringendsten wirtschaftlichen Klassenforderungen durch die Neuordnung der Dinge nahezu vollkommen befriedigt wurden.

Durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes — das später begründete Deutsche Reich war nur eine durch die Natur der Dinge gegebene Erweiterung des Bundes samt seiner Verfassung — wurden Handel und Wandel von den lästigen Schranken kleinstaatlicher und jüngster Schikanen befreit. Volle Freiheit über das gesamte Reichsgebiet sicherte den Unternehmern die leichtere Anwerbung proletarischer Arbeitskraft. Vorher war die Einheitlichkeit des Zollgebietes im Zollverein nur durch staatliche Verträge ohne die Beweglichkeit einer einheitlichen gesetzlichen Regelung des Zollwesens begründet. Nunmehr wurden alle Zollangelegenheiten der Kompetenz des Reichstages unterstellt. Ebenso wurde die auswärtige Vertretung Reichsache. Nicht mehr als Preuße, Sachse, Bayer oder Hamburger, sondern als deutscher Reichsbürger durch Vermittelung eines Konsuls des Deutschen Reiches hatte der deutsche Kaufmann oder Industrielle fortan gegen Rechtsverlebungen im Ausland sein Recht zu suchen. Die Ideologie von „des Reiches Macht und Herrlichkeit“, die den bekrückten deutschen Kleinstaaten zu Barbarossa-Gesängen auf den Schülern, Turn- und Sängerfesten begeisterte, fand Verwirklichung gefunden zu haben. Die amtierende Bürokratie in Civil und Uniform nahm für sich den Ruhm in Anspruch, daß ihr mit Blut und Eisen die Einigung Deutschlands gelungen sei, an der die 150 Professoren des 48. Parlaments in Frankfurt vergleichbar herum-

geredet hätten. Dorin feste zwar eine kleine Obschichtsfälschung, denn die nämliche Bürokratie hatte mit Blut und Eisen die Einigung Deutschlands gebunden, als sie noch ein größeres Maß politischer Freiheit dem Volke hätte bringen müssen. Aber die Bourgeoisie ließ sich nur zu gern betören. Schauderlich zurückweisend, gab sie selbst die freiheitlichen Forderungen Preis, die sie bei der Verfassungsabstimmung leicht hätte durchsetzen können.

Der Umsturz der Parteiverhältnisse in der damaligen Situation läßt sich dahin präzisieren, daß dem Bürgertum seine wirtschaftlichen Forderungen in weitem Maße befriedigt wurden durch die Gründung des Deutschen Reiches, und daß als Gegenleistung dafür die Bürokratie die ungenügende Aufrechterhaltung des bürokratischen Regierungssystems mit Bevorrechtung des Zentralstaates gewährleistet erhielt in den Einzelstaaten wie in den neugegründeten Institutionen des Reiches. Die militärischen Einrichtungen galten fortan als unaufhörbar für parlamentarische Kritik und die Verfügung darüber als Vorrecht der Krone.

Für die große Masse des Volkes sprang, abgesehen von seiner Anteilnahme an den allgemeinen Vorteilen, die aus der Reichsgründung der wirtschaftlichen Entwicklung erwuchs, an politischen Errungenschaften nur das allgemeine Wahlrecht heraus, das sich als Erbe des Jahres 1848 nicht umgehen ließ, das jedoch vorsichtigerweise von der nunmehr sozialisierten Bürokratie und Bourgeoisie auf den Reichstag beschränkt wurde.

Die Gewältigung der Reichsaufgaben nahm in den nächsten Zeit Sinn und Interesse der gesamten Bevölkerung derart gefangen, daß alle preußischen wie kleinstaatlichen Sonderangelegenheiten absichtlich liegen blieben. Der Massenpartei des Proletariats, der Sozialdemokratie, war jetzt erst im Anfang ihrer Entwicklung Gelegenheit gegeben, sich bei den Wahlen Geltung zu verschaffen und durch parlamentarische Tätigkeit für ihre Ziele zu wirken. Natürlich mußte sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Reichstag konzentrieren.

So behielt die amtierende Bürokratie in Preußen, ungeštört durch demokratische Kritik, zunächst freie Hand in den öffentlichen Angelegenheiten, die den Einzelstaaten vorbehalten blieben, vor allem in der gesamtstaatlichen eigenständigen Landesverwaltung. Das Polizeiwesen, das Schulwesen, kirchliche Angelegenheiten, soweit sie nicht ohne Einmischung des Staates den Kultusgemeinden überlassen sind, aber auch die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Strafprozeß wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten blieben den Landesgerichtshöfen überlassen. Nur das Reichsgericht wie einige Spezialgerichte sprechen Recht im Namen des Kaisers und sind dem Reichsjustizamt unterstellt. Alle anderen Gerichtshöfe in Preußen ressortieren vom preußischen Zuständigkeiten. Dem Namen nach sind die Richter zwar frei und unabhängig, in ihren Entscheidungen an keinerlei Institutionen gebunden. Jedoch die Art ihrer Vorbildung wie die sorgfältige Siebung der Anwälte für die Richterstellen durch die mächtigen Innenministerien für die Richterstellen durch die mächtigen

gebenden Behörden leitet Bürgerschaft dafür, daß der rechtschafe Richter erfüllt ist von dem Bewußtsein, ein Mitglied des bereitenden Beamtenkörpers zur Aburteilung der Untertanenschaft zu sein, nicht etwa ein Vertreter der Volksinteressen, der das Recht des Volkes oder des einzelnen gegen die Bürokratie wahrgenommen hätte.

Welche Fülle von Macht gibt das alles der Bürokratie in die Hände! Aber darüber hinaus wirkt sie noch bestimmt ein auf die gesamte Gemeindeverwaltung, die ihrer Aufsicht unterstellt ist und in der sie nur solche Bürgermeister und Stadträte amilieren läßt, die Proben der Gutgetümlichkeit nach bürokratischem Maßstab abgelegt haben.

Nicht minder bedeutsam sind aber auch die wirtschaftlichen Funktionen der Landesverwaltung. Das abgeheure Gebiet der staatlichen Posten, der landwirtschaftlichen Betriebe in den Staatsdomänen; dann die Bergwerke und die Eisenbahnen, die seit deren Verstaatlichung in Preußen fast ganz und fonder handlich verwaltet werden, — das alles liegt in den Händen der Bürokratie. Das Arbeiterber, über das sie gebietet, bezieht sich allein auf 700 000 Personen. Dann liegt aber auch noch die Gewerbeaufsicht, trotzdem sie auf Reichsgebot beruht, doch ist den Händen staatlich angestellter Beamter.

Vergleicht man diese preußischen Angelegenheiten mit denen des Reichs, so stehen sie an Wichtigkeit keineswegs dahinter zurück.

Aber weit über den Rahmen der inneren preußischen Angelegenheiten hinaus üben die in der preußischen Landesverwaltung und ihren parlamentarischen Beiräten, dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus, verschanzten Macht faktoren einen maßgebenden Einfluß aus auf das politische Leben des Reichs.

Die Reichsverfassung hat neben dem Reichstag, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, einen „Bundesrat“ gestellt, der halb parlamentarische, halb bürokratische Funktionen ausübt, aber ganz bürokratisch zusammengesetzt ist. In wirklich parlamentarischen Staaten, wie England, ist das Ministerium nur ein Verwaltungsausschuß des Parlaments, so daß z. B. ein gegen das Ministerium gerichteter wichtiger Beschluß des Unterhauses das Ministerium zur Amtsniederlegung zwingt und die Führer der Opposition aus Auster, wie ja niemand überhaupt Minister werden kann, der nicht Mitglied eines der beiden Häuser des Parlaments ist. In bürokratisch regierten Staaten mit parlamentarischem Aufzug, wie es die sämtlichen deutschen Staatsgebilde sind, werden die Minister durch höfliche Einflüsse aus der amtierenden Bürokratie ernannt. Sie sind der oberste Verwaltungsausschuß der Bürokratie. Parlamentarische Beschlüsse stützen in Preußen kein Ministerium. Die kleine, aber mächtige Junkerpartei weiß ihr Ziel auf Hinterzwecken zu erreichen.

Diese einzelstaatlichen bürokratischen Oberbehörden bilden nun wieder durch ihre Vertreter im Bundesrat eine bürokratische Oberbehörde für das Reich. Von den 58 Mitgliedern des Bundesrats

entfallen 17 auf Preußen. Daraus liegt allein schon ein großer Einfluss, denn unter diesen 17 preußischen Bundesratsmitgliedern befinden sich alle preußischen Minister. Dazu kommt aber noch, daß das Amt des Reichskanzlers, des allein verantwortlichen obersten Reichsbeamten, traditionell verbunden ist mit dem Amt des preußischen Ministerpräsidenten. Wie ja auch der König von Preußen gleichzeitig Deutscher Kaiser und oberster Bundesfeldherr ist.

Der Bundesrat muß berücksichtigt und nimmt nur nach parlamentarischer Methode. Da aber seine Beratungen geheim sind, und so nur seine Beschlüsse an die Öffentlichkeit kommen, wirkt er auf unsere Angelegenheiten nur ein als ein burokratisches Organismus. Alles trägt dazu bei, in diesem Organismus den preußischen Machtfaktor ausschlaggebend zu machen. Wegen Preußen kommt in dieser Störversammlung nur entschieden werden, wenn irgendwelche gemeinsamen Sonderinteressen partikularistischer Natur die überwiegende Mehrzahl der anderen Staaten zusammenballen würden. Antipartizipistische Bestrebungen treten aber in Preußens Politik im Bundesrat eben deshalb nicht hervor, weil die preußische Bureaucratie noch weit mehr darauf bedacht ist, sein Tüpfchen ihrer Befreiung an das Reich abzugeben, kurz, weil der preußische Partikularismus, wie Bismarck sich einmal ausgedrückt hat, der schlimmste ist.

So kann man denn die Machtverhältnisse im Reich so darstellen: Die preußische Bureaucratie, die als Scharwarter der Interessen des Zirkelkums in erster Reihe, der Bourgeoisie in zweiter Reihe, die preußischen Landesangelegenheiten selbstherrlich verwaltet, über vorerst auch den maßgebenden Einfluß aus im Reich. Daraus ergibt sich, welch eindrückliche Bedeutung auch für die Reichsangelegenheiten es hat, wie in Preußen regiert wird. Eine Demokratisierung Preußens würde unwiderrücklich zurückwirken aufs Reich, während gegen Reichstagseinflüsse die preußische Bureaucratie völlig gefestigt ist, solange sie sich in ihrem volksfeindlichen Gebahren stützen kann auf die herrenhäuserische Unterschicht und die Geldsackverteilung im Abgeordnetenhaus.

Mehr und mehr aber in den letzten Jahrzehnten hat obendrein die preußische Bureaucratie sich bemüht, Preußen auszugehören zu einer Hochburg der Reaktion. Wo es einen Fortschritt zu bewirken galt, auch in Reichsangelegenheiten, überall war Preußen im Wege.

Also auch um die freiheitliche und demokratische Entwicklung im Reich rascher vorwärts zu treiben, muß die Wahn frei gemacht werden für die Beeinflussung der preußischen Angelegenheiten durch das Klassenbewußte Proletariat.

Die Streiks und Ausperrungen im Jahre 1905.

II.

Tie Abwehrstreiks.

Nicht so günstig wie bei den Angriffsstreiks sind die Ergebnisse der Abwehrstreiks. Solche fanden 1905 mit zusammen 38 930 Beteiligten statt. Mit vollen Erfolg endeten 573 = 15,7 Proz. und mit teilweise Erfolg 120 = 32,0 Proz. der Streiks. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 18 187 = 46,7 Proz. und teilweise Erfolg 5788 = 14,9 Proz. Die kleineren Streiks wurden mit großem Erfolg geführt als die Streiks größerer Umfangs. Der von den Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation wurde in 16 Fällen mit einem Streik beantwortet. Beteiligt waren daran 292 Personen. 6 dieser Streiks mit 212 Beteiligten hatten Erfolg. Wegen Maßregelung fanden 268 Streiks mit 11 625 Beteiligten statt. 129 Streiks mit 4664 Beteiligten hatten vollen und 39 Streiks mit 1381 Beteiligten hatten teilweise Erfolg. Verluste London reduzierung rief die Arbeiter in 322 Fällen auf den Kampfplan, und zwar beteiligten sich an diesen Streiks 10 571 Personen. In 213 Fällen, bei denen 5920 Personen in Beracht kamen, wurden die Lohnreduzierungen vollständig zurückgewiesen, während dies in 31 Fällen mit 1385 Beteiligten nur teilweise gelang. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde mit 41 Streiks, an denen 3556 Personen teilnahmen, pariert. Die 24 unbedeutendsten dieser Streiks mit zusammen 601 Beteiligten hatten vollen Erfolg, und 4 Streiks mit 50 Beteiligten hatten teilweise Erfolg. Bei 13 Streiks mit zusammen 2905 Beteiligten blieben die Unternehmer Sieger und vermochten eine Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen. Die Nichteinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 196 Streiks, von denen 92 mit vollen und 24 mit teilweise Erfolg endeten. Von den an diesen Streiks beteiligten 5539 Personen hatten 2718 vollen und 1875 teilweise Erfolg. Die Einführung einer Fabrikordnung gab 29mal Verlassung zum Streik. Vollen Erfolg hatten davon 19 und teilweise Erfolg 4 Streiks. Von den 1576 beteiligten Personen hatten 1070 vollen und 105 teilweise Erfolg. Wegen schlechter Behandlung der Arbeiter fanden 33 Streiks statt, an denen insgesamt 802 Personen beteiligt waren. 22 Streiks mit 495 Beteiligten waren erfolgreich, und 6 Streiks mit 182 Beteiligten hatten teilweise Erfolg. Aus anderen Ursachen wurde 189 mal gestreikt. Erfolgreich endeten 89 und teilweise erfolgreich 20 dieser Streiks. Von den insgesamt 5469 Beteiligten hatten 2507 vollen und 708 teilweise Erfolg.

Die Abwehrstreiks erforderten insgesamt einen Kostenaufwand von 1 293 455 M. Von den an Abwehrstreiks beteiligten Personen wurde der Verlust an Arbeitszeit für 28 108 festgestellt. Diese Streikenden hatten zusammen 637 421 verlorene Arbeitstage und 2 514 068 M. Verlust an Arbeitsverdienst aufzuweisen.

Die Gesamtzahl der in den Jahren 1900—1905 stattgefundenen Abwehrstreiks beträgt 4240 und die Gesamtzahl der an denselben beteiligten Personen 162 663. Insgesamt endeten 2163 = 50,8 Proz. der Streiks mit vollen und 566 = 13,3 Proz. mit teil-

weise Erfolg.

die man wissenschaftlich als aktuelle oder kinetische Energie bezeichnet, wieder hergestellt werden. Man unterscheidet also die Vorgänge der Bewegung in zwei Arten von Energie, je nach der Art oder Arbeitsfähigkeit: 1. in die kinetische oder aktuelle Energie der Bewegung, die Arbeitsleistung; 2. in die potentielle Energie der Lage, der Spannkraft, die Arbeitsfähigkeit ist. Beide Arten treffen wir in den verschiedenen Formen. Eine weitere Verständlichkeit ist, daß jeder sichtbaren Bewegung schon von vornherein ein gewisser Energie- oder Kraftwert zukommt, da die Bewegung eine bestimmte Arbeitsleistung vorstellt. Dass aber auch in der Arbeitsfähigkeit, d. h. im Zustand der Ruhe eines Körpers ein bestimpter Kraftwert vorliegt, ist für das Verständnis des Laien schon etwas schwieriger. Folgende Beispiele mögen es erläutern:

Werfen wir einen Stein mit aller Gewalt in die Höhe, so wird er mit abnehmender Geschwindigkeit aufwärts steigen. Schließlich gelangt er an den Punkt, wo er nicht mehr weiter kommt. Es tritt ein kurzer Moment der Ruhe ein. Die lebendige Kraft der Bewegung des Steines, die sogenannte kinetische oder aktuelle Energie desselben, fest sich in diesem Augenblick in die latente Bewegung der Ruhe, die sogenannte potentielle Energie oder in Spannkraft um. Nun fällt der Stein wieder abwärts. Die Spannkraft setzt sich wieder um in die lebendige Kraft der Bewegung, und der Stein gesellt mit derselben Geschwindigkeit wieder unten an, mit der er zu steigen begonnen hatte. Beim Aufschlag auf den Boden erzeugt der Stein eine

weitem Erfolg. Von den seit 1900 insgesamt an Abwehrstreiks beteiligten Personen hatten 75 793 = 46,6 Proz. vollen und 27 831 = 16,8 Proz. teilweise Erfolg.

Während bei den Angriffsstreiks die Erfolge bedeutend besser sich gestalteten als im Jahre 1905, war bei den Abwehrstreiks der Erfolg geringer als im Vorjahr. 1905 wurde das Resultat allerdings durch den erfolglos verlaufenen Streik der Bergarbeiter des Ruhrreviers ungünstig beeinflußt. Aber auch ohne diesen Streik wäre der Erfolg bei den Angriffsstreiks 1905 geringer als 1906. Ohne die Bergarbeiter war 1905 für 40,2 Proz. der an Angriffsstreiks beteiligten vollen Erfolg zu verzeichnen, 1906 aber hatte die Hälfte aller an Angriffsstreiks beteiligten Personen, nämlich 91 693 von 183 736, vollen Erfolg.

Bei den Abwehrstreiks hatten 1905 61 Proz. der Beteiligten vollen Erfolg. Das Jahr 1906, das mehr als 8000 an Abwehrstreiks beteiligte Personen mehr aufwies als das Jahr 1905, brachte nur für 46,7 Prozent der Beteiligten vollen Erfolg. Numerisch steht das Ergebnis noch über dem Durchschnitt der letzten sieben Jahre 1900—1906, wie die vorstehende Tabelle zeigt.

Die Ausperrungen.

Hatten die Ausperrungen schon im Jahre 1905 eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen, so spielten sie 1906 eine noch bedeutendere Rolle im wirtschaftlichen Kampf, obgleich die Gesamtzahl der ausgesperrten Arbeiter geringer war als im Jahre 1905. Die Zahl der Ausperrungen steigt nicht nur relativ von Jahr zu Jahr, sondern sie nimmt auch zu im Verhältnis zu den Arbeitsstämmen überhaupt. Es haben stattdessen:

Jahr	Arbeitsstämme überwältigt	davon waren Ausperrungen	Pro 100 Lohnstämme ausgesperrt
1900	852	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	801	56	6,5
1903	1252	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1

Die sehr minimalen Erfolge, die die Unternehmer bisher mit ihrer Ausperrungstatistik erreicht haben, haben diese nicht entmutigt; sie greifen zu dem beliebtesten Mittel der Gegenwehr immer häufiger, und vielleicht weniger dabei auf Erfolg für sich rechnend, als in der Absicht, die Organisationen der Arbeiter zu schädigen, was allerdings vom Unternehmertum auch als Erfolg angesehen wird.

An den 421 Ausperrungen des Jahres 1906 waren insgesamt 93 456 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, während 1905 an 253 Ausperrungen zusammen 144 047 Personen beteiligt waren. Es wurden also 50 691 Arbeiter weniger ausgesperrt als im Jahre 1905. Die Ausperrungen aber wurden 1906 mit besonderer Ausdauer geführt. Der den Arbeitern durch Ausperrungen verursachte Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst wurde 1905 für 135 821 Ausgesperrte festgestellt. Der gesamte Verlust an Arbeitszeit betrug für diese 1 797 268 Arbeitstage. 1906 konnte der Verlust für 89 028 Ausgesperrte festgestellt werden und betrug derselbe für diese Ausgesperrten insgesamt 2 920 069 Arbeitstage. Mäh.

gewisse Summe von Wärme, welche unter bestimmten Bedingungen genügen würde, ihn zu der selben Höhe wieder zu erheben aus der er herabfiel.

Oder nehmen wir den elektrischen Strom, eine Form der lebendigen Kraft, mit der es uns möglich ist, eine chemische Verbindung wie z. B. das Wasserstoff und Sauerstoff, zu zerlegen. Haben wir mit Hilfe des elektrischen Stromes das Wasser in seine Elemente zerlegt, so ist ein Teil der elektrischen Kraft verlorengegangen. Dieses Verlorengehen ist aber nicht scheinbar; denn wir sehen, daß die elektrische Energie in die Form der latenten Bewegung, in chemische Spannkraft umgewandelt worden ist, die in den getrennten Wasserstoff- und Wasserstoffionen aufgespeichert liegt. Vereinigt man diese Atome wieder zu Wasser, so sieht sich die chemische Spannkraft dabei in diejenige Form der lebendigen Kraft um, die uns als Licht oder Wärme erscheint. Die bei der Wiedervereinigung der getrennten Wasserstoff- und Sauerstoffatome austretende Licht- und Wärmemenge entspricht genau derjenigen Summe elektrischer Kraft, die zur Zersetzung des Wassers in seine Elemente notwendig war. Bei diesen Umformungen tritt kein Verlust an Kraft ein; sie wechselt lediglich ihre Gestalt, ihre Erscheinungsform.

Genauso verhält es sich auch bei allen anderen Vorgängen; kommt ein Teil der Materie zur Ruhe, so wird dafür ein anderer Teil derselben in Bewegung gesetzt. Die von uns sinnlich wahrnehmbare Massenbewegung wird in die uns unsichtbare Bewegung der kleinsten Teile dieser Masse, in die

Das Gesetz von der Erhaltung der Kraft.

Von M. H. Baede, Friedrichshagen.

(Nachdruck verboten.)

Der Urquell aller Kraft, alles Seins auf unserer Erde ist die Sonne. Mit ihrem strahlenden Lichte, das binnen wenigen Minuten mit einer uns unbekennbaren Geschwindigkeit von 42 220 geographischen Meilen in einer Sekunde zu unserem Planeten alle Kraft zu. Die Kraft selbst ist ebenso wenig zerstörbar wie der Stoß, die Materie. Die Summe aller Spannkräfte und lebendigen Kräfte ist unveränderlich; mit anderen Worten: die Kraft oder die Energie kann weder vernichtet, noch neu gebildet werden.

Sinnlich wahrnehmbar ist die Kraft nicht. Wir können sie nur durch die Bewegung, deren Ursache sie ist, wahrnehmen. Von der Bewegung aber wissen wir, daß sie niemals vernichtet wird, doch überall da, wo eine Bewegung aufhört, dieses Aufhören nur ein scheinbares ist. Die von uns wahrgenommene Bewegung materieller Massen hat sich entweder in die Bewegung kleinsten materieller Teile, der Atome, umgesetzt oder in sogenannte latente, d. h. gebundene Bewegung oder Spannkraft, die man wissenschaftlich auch als potentielle Energie bezeichnet. Aus dieser kann jeden Augenblick, wenn die äußeren Bedingungen wieder hergestellt werden, dieselbe Menge wahrnehmbarer, läufiger Bewegung,

rend also 1905 im Durchschnitt auf einen Ausgesperrten 13 verlorene Arbeitstage kamen, beträgt im Jahre 1908 der Verlust für den einzelnen Ausgesperrten 26 Tage.

Die Gesamtausgabe für Aussperrungen im Jahre 1906 betrug 5 315 079 M. Auf jeden Ausgesperrten entfallen durchschnittlich 56,90 M. von den Gesamtausgaben, während 1905 nur 29,18 Mark pro Kopf der Ausgesperrten von den Gesamtausgaben entfallen. Was wir eingangs von den Lohnkämpfen des Jahres 1906 allgemein sagten, nämlich, daß sie mit besonderer Schärfe und Ausdauer geführt worden sind, das trifft für die Aussperrungen im besonderen zu, und in welchem Maße die Gewerkschaften durch die Aussperrungen finanziell in Anspruch genommen werden, ergibt sich daraus, daß von den Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen auf den Kopf der Beteiligten 42,80 M. entfallen, während die Kosten bei den Aussperrungen 56,90 M., bei den Angriffsstreiks aber nur 36,40 M. pro Kopf betragen.

Die Tatsit der Unternehmer, bei ausbrechenden Differenzen mit der Aussperrung vorzugehen, ohne daß die Arbeiter an eine Arbeitsseinstellung denken, wurde im letzten Jahre noch häufiger angewandt als früher. Es wurden in 160 Fällen Aussperrungen verhängt, wo lediglich Differenzen bezüglich Lohnhöhe oder Arbeitszeit die äußere Veranlassung dazu bildeten. In 34 Fällen verachteten die Unternehmer mittels Aussperrung die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen. Zu 61 Aussperrungen gab die Kaiser Veranlassung, und in 18 Fällen sperrten die Unternehmer aus, nachdem sie durch Lohnabgängen, Arbeitszeitverlängerung oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen die Arbeiter zum Abstecherfest gezwingt hatten. Nur 82 Aussperrungen von 421 erfolgten auf Angriffsstreiks.

Von den Aussperrungen, die infolge von Angriffsstreiks verhängt worden sind, hatten 55 mit 6941 Beteiligten vollen und 15 Aussperrungen mit 28 002 Beteiligten teilweise Erfolg. Von den 18 Aussperrungen mit 4989 Beteiligten, die infolge von Abwehrstreiks stattfanden, endeten 10 Aussperrungen mit 2060 Beteiligten erfolgreich. Wegen "Austritt aus der Organisation" wurden 2041 Arbeiter in 34 Fällen ausgesperrt. Das Verlangen der Unternehmer wurde in 13 Fällen von insgesamt 469 Arbeitern erfolgreich bekämpft. Von den 25 891 Arbeitern, die wegen Differenzen bezüglich Lohnhöhe bzw. Arbeitszeit ausgesperrt wurden, hatten in 45 Fällen insgesamt 6893 Arbeitern vollen und in 77 Fällen zusammen 23 442 Arbeitern teilweise Erfolg. Aus sonstigen Ursachen wurden 63 Aussperrungen verhängt und davon 5768 Arbeiter und Arbeitnehmer betroffen. 12 Aussperrungen mit 1355 Beteiligten endeten erfolgreich und 12 Aussperrungen mit 1478 Beteiligten hatten teilweise Erfolg. Das Feiern am 1. Mai wurde in 64 Fällen von den Unternehmern mit Aussperrungen beantwortet. Beteiligt waren an diesen Aussperrungen 12 122 Personen. Daraus ist der Holzarbeiterverband allein mit 30 Aussperrungen und 6205 Ausgesperrten beteiligt. Der Metallarbeiterverband hat jedoch über seine "Maiaussperrungen" keine Angaben gemacht, so daß die Zahl der wegen Arbeitszeit am 1. Mai Ausgesperrten unvollständig ist.

sogenannte molekulare Bewegung umgesetzt. Massenbewegung oder lebendige Kraft setzt sich in die Molekularbewegung, in Spannkraft um, und diese wiederum in lebendige Kraft und so fort. Die Summe aller Kräfte aber bleibt ewig dieselbe. Dies ist das Gesetz von der Erhaltung der Kraft oder Energie.

Da alle Energieformen in Wärme übergeführt werden können, so benutzt man dieselbe für die Reinigung der lebendigen Kraft. Als Einheit für das Wärmemass dient die Kalorie. Man versteht unter Kalorie diejenige Wärmemenge, welche notwendig ist, um ein Gramm Wasser von 0 Grad auf 1 Grad Celsius zu erwärmen. Diese Wärmemenge entspricht 425,5 Grammetern, d. h. dieselbe Kraft oder Energimenge, welche nötig ist, um 1 Gramm Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen, vermag auch ein Gewicht von 425,5 Gramm einen Meter hochzuheben.

Durch den Zusammenstoß bewegter Massen können nun Wärmemengen von unermeßlicher Größe erzeugt werden. Würde z. B. unsere Erde plötzlich in ihrer Bahn gestört und hätte nunmehr durch die Schwerkraft angezogen in die Sonne (mit einer schleichlichen Endgeschwindigkeit von 88 geographischen Meilen in der Sekunde), so würde durch den Zusammenprall eine Wärmemenge entstehen, die der durch die Verbrennung von über 5000 gleich schweren Massen reinen Kohlenstoffes geleisteten Wärmemenge gleich wäre. Auf diese Art könnte wissenschaftlich der Nachweis geführt werden, wie auch die Sonnenwärme aus dem Zusammenprall kalter Materienmassen entstanden sein kann. Noch jetzt prallen im

Bon einem Erfolg seitens der Arbeiter kann bei den Maiaussperrungen, sofern nicht andere Forderungen damit verbunden sind, keine Rede sein. Meistens lassen die Arbeiter die Maßregel der Aussperrung auf Zeit über sich ergehen, vereinzelt werden jedoch auch Gegenforderungen gestellt, und ein Kampf beginnt. Und nur in solchen Fällen kann von einem Erfolg oder Misserfolg seitens der Arbeiter gesprochen werden. Die Zahl solcher Fälle ist nicht mit Sicherheit festzustellen, jedoch ist sicher, daß in den Fällen, für die voller oder teilweise Erfolg verzeichnet ist, Forderungen gestellt werden sind. Voller Erfolg ist angegeben für 7 Aussperrungen mit 334 Beteiligten und teilweise Erfolg für 2 Aussperrungen mit 4283 Beteiligten.

Von den gesamten Aussperrungen im Jahre 1908 hatten 33,7 Proz. vollen Erfolg, 25,6 Proz. teilweise Erfolg und 27,8 Proz. hatten keinen Erfolg.

Vom Jahre 1900 bis Ende 1906 fanden insgesamt 1005 Aussperrungen statt. Ausgesperrt wurden 344 449 Arbeiter und Arbeitnehmerinnen. Die Gesamtkosten für diese Aussperrungen betragen 14 369 869 M. Das sind 33,7 Proz. der gesamten Ausgaben, die die Gewerkschaften seit 1900 für Streiks und Aussperrungen zu machen hatten.

Das ist im Grunde der hauptsächlichste Erfolg, den die Unternehmer durch die Aussperrungen erzielen, daß sie den Gewerkschaften ungeheure Opfer auferlegen. Doch diese sind den Anforderungen stets gewachsen gewesen und, daß sie es auch in Zukunft tun werden, dafür bürgt der Sympathie und die Solidarität der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft. Durchdringungen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, im Vertrauen der gewaltigen Macht der Organisation stehen die organisierten Arbeiter dem organisierten Unternehmertum stets kämpferisch gegenüber. Stets zu Unterhandlungen, aber auch jeden Augenblick zum Loschlagen bereit, nur so ist es den Gewerkschaften möglich, ein übermütiges Unternehmertum gebührend in den Schranken zu halten. Was durch die Streiks und Aussperrungen erreicht worden ist, haben wir in der Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen nachgewiesen. Es ist festgestellt, daß mehr als durch die Austrände, durch partikuläres Verhandeln erreicht wurde. Fest steht aber auch, daß die gesamten Ereignisse nicht nur den Macht der Organisation zu danken sind. Gestützt auf diese Macht und in vollem Vertrauen auf die Solidarität der klassenbewußten Arbeiterschaft können wir den zukünftigen Ereignissen mutig entgegensehen.

L. Brunner.

fünfte Konferenz der Vorstände resp. Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands.

Die Konferenz fand am 16. und 17. Dezember in Berlin statt und war ausschließlich praktischen Gewerkschaftsaufgaben gewidmet. An erster Stelle der Beratung stand die weitere Entwicklung der von der Generalföderation im Auftrag des Gewerkschaftsförderungskreises veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Berlin, deren Wirksamkeit von den Gewerkschaften ein stetig wachsendes Interesse entgegengebracht wird. Diese Kurse waren zunächst aus-

Weltentraume zahlreiche kosmische Körper zusammen. Unermesslich viele Meteorite stürzen fortwährend in die Sonne; in der Minute 9400 bis 188 000 Billionen Kilogramm. So ist, wie einige Forscher annehmen, die Wirkung der Anziehungs Kraft in der Tat vielleicht der alleinige Ursprung alter Wärme.

Alle Bewegungen an der Oberfläche unserer Erde werden mit Ausnahme der Erscheinung der Ebbe und Flut, die durch die Anziehungs Kraft des Mondes verursacht werden, durch die Licht- und Wärmestrahlen der Sonne hervorgerufen. Als Folgen der ungleichen Erwärmung der verschiedenen Schichten in der Luft wie in Wasser entstehen alle Luft- und Meeresströmungen, die Winde, wie die Stürme. Durch den Verbrauch der lebendigen Kraft der Sonnenwärme findet an der Oberfläche der Gewässer die Bildung von Wasserdampf statt, der hinaufsteigt in höhere Luftregionen. Wird dieser Wasserdampf nun in den oberen, kälteren Luftschichten abgekühl, so verdichtet er sich, und als die lebendige Kraft des fallenden Regentropfens kommt die lebendige Kraft der Sonne wieder zum Vorschein.

Es ist daher das umgekehrte Licht der Sonne, dem wir überall auf der Erde begegnen: in all unseren Bächen und Strömen, in allen vom Wasser bewegten Maschinen; umgekehrt Sonnenlicht ist es auch, das uns im Deulen und Brausen des Sturmes entgegentritt, das die Segel unserer Schiffe schwöllet, das durch die in den Steinböhlen festgelegte lebendige Kraft der Sonne die Schrauben unserer Dampfschiffe dreht und die Lokomotiven der Züge treibt.

die Dauer von vier Wochen bei einer Teilnehmerzahl von je 50 Personen begrenzt. Die praktischen Erfahrungen zwangen zu einer Erweiterung der Dauer auf 5 Wochen und der Teilnehmerzahl auf 70. Auch diese Dauer wurde noch als zu knapp empfunden und eine Ausdehnung auf 6 Wochen befürwortet, der die Zentralvorstände zugestimmt. Auch erwies es sich als notwendig, die den auswärtigen Teilnehmern seitens ihrer Organisationen gewährten Diensten einheitlicher zu gestalten und wurde ein Dienstabzug von 5 M. pro Tag nebst einer Wohnungsentlastung von 30 M. pro Monat für die in Hamburg stationierten Verträge als angemessen bestimmt. Endlich wurde die Generalföderation beauftragt, den Teilnehmern an den Unterrichtskursen die zum Weiterstudium notwendigen Bücher zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Die Regelung der Dienste der in Berlin ansässigen Kursteilnehmer wurde den Organisationen überlassen.

Sodann befaßtigte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Land- und Waldarbeiter, wobei die bisherigen Ergebnisse und die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete eingehend gewürdigt und die Möglichkeiten einer wirkhaften Organisation erörtert wurden. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, den Zusammenschluß der Land- und Waldarbeiter zu einer selbständigen Organisation zu empfehlen.

Hinrichlich der Mitarbeiter hatte die Konferenz die Frage zu prüfen, in welcher Weise sich die Unterstützung der wegen der Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgesperrten im Einvernehmen mit der Partei am besten durchführen lässe. Den Sitzung der Generalföderation unterbreiteten Vorschläge stimmt die Konferenz zu und beauftragte die Generalföderation, mit dem Parteivorstand das weiter zu regeln.

Die Frage der Jugendorganisation, die bereits frühere Konferenzen befaßt hatte, soll nach einem Beschuß der Konferenz auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses zu Hamburg gestellt werden.

Aus der Praxis der wirtschaftlichen Kämpfe waren Anregungen gegeben worden, die auf eine Weiterentwicklung der in Köln (1905) beschlossenen Resolution betrafen. Streitunterstützung bezieht. Die auf der Vorstandskonferenz darüber gesprochenen Erörterungen gelangten zu dem Beschuß, von einer Änderung dieser Resolution Abstand zu nehmen.

Auf dem Gebiete der Ausgestaltung der Gewerkschaftsstatuten sind Neuerungen vorgelebt, die für die praktische Gewerkschaftsarbeit von weittragender Bedeutung sind. Da soll zunächst der bereits von der Internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen angeregten Statistikkarte über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Ländern, Berufen und Orten nähergetreten werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung dieser Aufgabe ergaben, veranlaßten die vorjährige Konferenz in Christiania, die Ausführung dieses Beschlusses wieder fallen zu lassen. Der praktischen Nutzen einer solchen Erhebung für die Gewerkschaften ist aber ein so wesentlicher, daß die Vorstände der deutschen Gewerkschaften ihre Durchführung bereits vor Jahresfrist zugesagt hatten und auch jetzt noch daran festhielten. Diese einheitliche Erhebung wird nicht allein für die Wirksamkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und der tariflichen Arbeitszeitregelung eine zuverlässige Grundlage der Beurteilung der vorhandenen Zustände ergeben, sondern auch der Propaganda für die gesetzliche Arbeitszeitregelung zum Stützpunkt dienen können.

Eine fortlaufende Statistik der geltenden Tarifverträge und ihres sachlichen Inhalts will das Statistische Amt der Reichsregierung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften aufnehmen. Obwohl eine solche Erhebung bedeutende Ansprüche an die Arbeitskräfte der Gewerkschaften stellt, sagten die Gewerkschaftsvorstände dem Statistischen Amt ihre Mitarbeit zu.

Auch die Streitstatistik der Gewerkschaften soll in einigen Punkten eine Verbesserung erfahren. Um alle bei der Durchführung dieser statistischen Aufgaben entstehenden Schwierigkeiten durch entsprechende Ausgestaltung des Erhebungsmaterials leichter zu beheben, wurde eine aus Vertretern der größeren berufsverwandten Industriegruppen gewählte Kommission eingesetzt, die in Gemeinschaft mit der Generalföderation zunächst die Fragebogen einer Prüfung unterziehen soll.

In ihrem weiteren Verlauf trat die Konferenz der gewerkschaftlichen Literatur näher, die nach Qualität und Quantität in erfreulicher Aufschwung begriffen, leider aber infolge mangelnder geschäftlicher Verbindungen vielfach noch vom buchhändlerischen Markt ausgeschlossen ist. Es ist für Kreise, die den Gewerkschaften nicht sehr nahe stehen, unter sehr schwer, gewerkschaftliche Berichte, Statistiken, Protokolle oder Quellenwerke zu erhalten, die besonders für die soziologische Wissenschaft von Wert sind. Um den Anfang alter Gewerkschaften die eigene Literatur veröffentlichen, an den befreiten

Buchhandel zu bewirken, empfahl die Generalkommission den Vorständen, einen Teil der Auflage ihrer Schriften der Verlagsbuchhandlung Vorwärts in Berlin im Kommunistenverlag zu geben, die den Vertrag unter günstigen Bedingungen übernehmen will. Diese Anerkennung fand bei den Gewerkschaftsvertretern allgemeine Zustimmung.

Bei der Erörterung des Standes der Gewerkschaftsliteratur wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die Generalkommission möge ein Schichtwerk über die frühere Gewerkschaftsentwicklung zunächst abschließend mit dem Erlass des Sozialstaatengesetzes beauftragt. Die Generalkommission sagte die Erwähnung dieser Anregung zu.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Vereinsscheines wurde einer Erörterung unterzogen und dabei festgestellt, daß derselbe zwar mancherlei Erleichterungen bringt, und daß die reichseinheitliche Regelung dieser Materie ein Fortschritt sei, aber doch auch durch eine Reihe rechtlicher Vorschriften die Arbeit der Gewerkschaften ganz erheblich gefährde. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter waren einstimmig der Meinung, daß solange nicht diese Einschränkungen der freien Vereins- und Verbindungstätigkeit aus der Vorlage ausgeschieden seien, dieser Entwurf bekämpft werden müsse.

Den Rest der Verhandlungen bildeten eine Reihe geschäftlicher Fragen, wie die Bekämpfung von Aufzügen zur Gründung und Unterhaltung von Gewerkschaftskontore und zum Bau von Gewerkschaftshäusern, wobei die Vorstände der seitlichen Brätre der Generalkommission, derartige Aufzüge nur dann im „Gere. Bl.“ zu veröffentlichen, wenn die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften dazu pflichteten.

Hinsichtlich der Berichterstattung der Tagespresse über Kongresse und Verbandsstage der Gewerkschaften fand die Konferenz der Anerkennung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse, am Schluß eines jeden Verbandstages durch den Protokollführer bzw. einen der anwesenden Bevölkerer einen kurzen Auszug der Arbeiterpresse auf Kosten des Verbandes zuzügen zu lassen, nicht offen. Man trug Bedenken, die Verantwortung für solche Berichte auf den Verband zu übernehmen. Dagegen soll berichtet werden, daß von der Partei in Ansicht genommene Nachrichtenbüro auch für die reiche Verbreitung zweckmäßiger gewerkschaftlicher Mitteilungen besonders bei Streits und Aussperrungen in Anspruch zu nehmen.

Angesichts des Umstandes, daß der Ausschuß des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Übereinstimmung mit dem Gewerkschaftstag die seitens des Kölner Gewerkschaftscongres aufgestellten Forderungen der Gewerkschaften an die Konsumvereine nur als einseitige Anregungen betrachtet, die so lange der Bündesträte erlangen, als sie nicht durch beiderseitige Vereinbarungen festgelegt sind, beantragte die Konferenz die Generalkommission, bis zum nächsten Konreng folgende Vereinbarungen mit der Zentralleitung der Konsumvereine herbeizuführen.

Die nächste Konferenz soll die Frage der Kostenabrechnung bei Rechtsabschlüssen in städtigen Gewerkschaftsbüros prüfen und ferner Maßregeln zur Durchführung des Kölner Beschlusses betr. Gewerkschaftskontore, die gegen die den leichten fernebleibenden oder von ihnen aussteigenden Gewerkschaftskontoren zu unternehmen seien, in Erwägung ziehen.

Endlich wurde noch die vorläufige Tagesordnung des 1908 stattfindenden Gewerkschaftscongreses zu Homburg aufgestellt. Ihre Veröffentlichung bleibt der Generalkommission überlassen.

Zur Verschmelzungsfrage.

Einer der Offenbacher Mitarbeiter äußerte sich in der letzten Nummer der „Portefeuille-Zeitung“ zu der Verschmelzungsfrage, insbesondere über die Ausführungen des Kollegen Gründler. Einigebend gibt er die Ausführungen wieder, die unser Vorhaben auf dem Verbandsstag der Portefeuillen in Offenbach im Jahre 1904 gemacht hat, und rekapituliert dann den Beschuß des letzten Verbandsstages zu Lörrach 1907. Auffallend hieß es hieraus:

Der Beschuß ist allerdings sehr dehnbar. Man kann damit alles machen. Man kann verbinden und man kann es bleiben lassen. Die beiden Verbandsleistungen haben es mir erlaubt gehalten, und so fand am 14. Juli die gemeinsame Konferenz statt, in der einstimmig obige es, die Berliner Kollegen die bekannte Resolution angenommen wurde, die das „Automobiltempo“ einfordert.

Wenn ich nun Kollege Gründler, und mit ihm die Zahlstelle Berlin, über die Konsequenzen wundere, die der angezogene Artikel in Nr. 21 der „Portefeuille-Zeitung“ dorauß zieht, dann wundere ich mich über diese Verwunderung. Zwischen dem Verbandsstage und der Konferenz lagen drei Monate. Zwischen der Konferenz und dem informierten Artikel 3½ Monate. Berlin standte zu und

sollte. (Und das will was sagen.) Offenbach tat desgleichen. (Das will allerdings nichts sagen.) Was soll der Verbundsgeschäft also sonst glauben, als daß alle Kollegen nichts schlimmer münchten, als eine Verschmelzung?

Wenn also jemandem ein Vorwurf trifft, dann nicht den Verbundsgeschäft, sondern die Kollegen selbst, vor allen die Berliner Kollegen, von denen man gewusst ist, daß sie im Mund variieren.

Da die Frage jetzt wieder auftaucht ist, erinnern wir uns kurz. Organisatorisch soll eine Betriebschaft möglichst alle Mitglieder eines „Berufs“ zusammen in den gleichen Betrieb arbeiten, eintreten. So einfallslos das aussehen mag, so ist das doch nur sehr schwer, die Vollkommen zu erfüllen. Es sind z. B. Portefeuillen in Metallwarenbetrieben, in Schuhbetrieben, in Autorenn- oder Instrumentenbetrieben, und andererseits werden in Portefeuillenfabriken Schneider, Buchbinder, Kartenausarbeiter, Bergmänner, Metallarbeiter, Tagelöhner und Bauarbeiter u. a. von den Handelsangestellten ganz ausgeschlossen beobachtigt.

Da die Gewerkschaft die Aufgabe hat, die wirtschaftlichen Interessen der Lohnarbeiter zu vertreten, war man von jeher bestrebt, sie organisatorisch so zu gliedern, daß die Lohnarbeiter, die unter den gleichen äußeren wirtschaftlichen Bedingungen arbeiten, als das sind Berni, Betrieb, Marktbewegungen, Monopole usw., in derselben Gewerkschaft vereinigt. Die ganze Agitations- und Aufklärungsarbeit, sowie die Durchführung von Lohnbewegungen wird dadurch vereinfacht und wirtschaftlicher gemacht. Man hat deshalb die Gründung von sogenannten Industrieverbänden angestrebt.

Eigentliche Industrieverbände haben wir in Deutschland nur sehr wenige und die, die man als Industrieverbände zu bezeichnen pflegt, sind es gar nicht oder doch eine falsche und unvollkommene Form des Industrieverbandes. Der Industrieverbund muß sich auf den Betrieb aufbauen und nicht schablonenhaftig Holzarbeiter, Metallarbeiter, Lederarbeiter usw. zusammenfassen. Industriell aufgefaßt, haben wir mit den Gütern weit mehr gemeinsam als etwa mit den Schuharbeiter oder den Handelsbuchmachern. Nun läßt sich bei dem heutigen Stande und der reichen kapitalistischen Entwicklung der Industrie eine strenge Scheidung nach „Industrie“ gar nicht durchführen. Andererseits ist eine Verdichtung auf die Berufsorganisation noch weniger haltbar. Es mag also ein Mittelweg eingeschlagen werden, der Beruf, Betrieb und Industrie möglichst zusammenbringt. Wir sind noch bei der Berufsorganisation. Ebenso die Sattler. Es wird von keiner Seite bestritten, daß wir bestrebt sein müssen, die Berufsorganisation uns zu nähern. Da sind die nächsten die Sattler.

Wer praktisch in der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit tätig war, der wird nie daran denken, uns mit allen Lederarbeiten zu vereinigen, einfach weil wir hauptsächlich Leder verarbeiten. Wie müssen also seien, die Aufklärungsarbeit und die Durchführung der Lohnbewegungen nach den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen zu vereinigen.

Da ist zunächst die Zeitung. Ich würde nicht, was uns hindern sollte, mit den Sattlern gemeinsam eine Zeitung zu haben. Ich rechte gar nicht dabei auf die eintretende Verminderung der Ausgaben, denn wir können und sollten das Blatt dann wöchentlich herausgeben. Sobald wir ein gemeinschaftliches Organ haben, wird auch das bald eintreten, was man büßen und drücken in Berlin vermischt; das gegenwärtige Verhältnis.

Statt der schönen Resolution hätte man im Interesse des Zusammenschlusses besser gehandelt, wenn man auf dem letzten Verbandsstag die Unterstüzungshälfte des des Sattlerverbandes gleichgestellt hätte. Aber ich will darüber nichts mehr sagen, sonst werde ich wieder „zurückgezupft“.

Es ist weiter eine Selbstverständlichkeit, daß die verschiedenen Zahlstellenleitungen der beiden Verbände vor Aufstellung von Tarifforderungen sich gegenseitig verständigen. Zum Beispiel würden dann auch die Offenbacher Portefeuillen in ihrem Tarifvertrag die Bestimmung übernehmen, daß niemand wegen der Maßfeier der eigenen Ausgestaltung wie doch alle sind; nicht wahr? gemäßregelt werden darf. Es muß weiter als fehlgeschäftlich festgelegt werden, daß überall, wo die Heimarbeit der Sattler betrieben ist, Artikel, die von Portefeuillen und Sattlern verfertigt werden, nur in der Fabrik hergestellt werden dürfen. Es muß durchgeführt werden, daß diese Artikel von Portefeuillen und Sattlern zu den gleichen Lönen angefertigt werden.

Unpraktisch wäre es, alle Werkstattsversammlungen gemeinsam abzuhalten. Wo es sich jedoch um gemeinsame Betriebsangelegenheiten handelt, sollen unbedingt alle im Betriebe Beschäftigten gemeinsam beraten. Gedenkstags soll in den getrennten Werkstattsversammlungen stets der Vertretermann des anderen Berufs anwesend sein.

Wenn wir so arbeiten, dann werden wir uns am besten und schnellsten der anzustrebenden Betriebsorganisation nähern. Eine unmittelbare Verschmelzung, ohne welche Zwischenstufen, halte ich für unpraktisch. Da die Berliner ihre Schmerzen bereits hier fundieren haben, mit ihr sagen, was ich die Offenbacher denken und was sie in den „Werken“ haben sich erzählen werden. Sie werden sagen: „Wo kommt auf den Mann bei uns 30 Pf. Wenn wir mit den Sattlern zusammengehen, verlieren wir 14 Pf., weil dann nur mehr 16 Pf. auf jeden kommen.“

Freilich ist das durchaus ungewölbbarlich gedacht, aber gedacht ist es, und deshalb müssen wir das „verüffältigen“, das heißt – bekämpfen. Jr.

Sätz. Die offiziellen Höfe der Verbände der Sattler und Schuhmacher hielten im Dezember 1907 zwei kombinierte Versammlungen ab, auf der Tagesordnung beider Versammlungen stand: „Allgemeine Verschmelzung zum Industrieverbund“.

In der ersten Versammlung vertrat Gauleiter Kollege Schneider seinen Standpunkt als Gegner des Industrieverbands und führte aus: 1. Die Kassenverhältnisse der in Betracht kommenden Organisationen, wonach die Sattler einen größeren Vermögensbestand pro Kopf des Mitgliedes hielten. 2. Den Kassengeist der Mitglieder, welche in einem Industrieverbund noch nicht sitzen. Besonders die Fleischarbeiterfamilie in Offenbach, Berlin, Dresden, Leipzig wären bestimmt gegen die Verschmelzung. Wenn es dazu kommen sollte, würden dieselben eher Lohnverbände gründen, als einem Industrieverbund beitreten. 3. In den großen Verbänden würden die kleinen Berufsgruppen in bezug auf Agitation und Lohnbewegungen vernachlässigt.

Der Gauleiter der Schuhmacher, Oskar Weber, widerlegte all die Einwände Schneiders durch einwandfreies Material. Das Vermögen des Sattlerverbandes ist, trotzdem derselbe im letzten Jahre von größeren Streiks und Ausperrungen verdeckt blieb, erheblich zurückgegangen und ist das Protopolymeren heute schon unter dem Durchschnitt. Wie aus den letzten Abrechnungen hervorgeht, wird fast die ganze Einnahme der Sitzungen am Ende davon zu Arbeitslosen- und Krankenunterstützung verbraucht. Diese Ausgaben steigen bei zunehmender Konkurrenz erheblich. Die Wahrnehmung des Centralvorstandes waren hiernach in seiner Weise ihrer Aufgabe gewachsen, und heute steht jeder, der die Kassenverhältnisse der Sattler eingehend prüft, zu dem Resultat kommen, daß die Verschmelzung zum Industrieverbund für dieselben eine dringende Notwendigkeit geworden ist. In den heutigen Zeiten überhaupt davon zu sprechen, daß die Mitglieder zu Standesdünkel gegen die Verschmelzung sind, in dem in seiner Weise angängig. Würden die Verbandszeitungen in dieser Beziehung militante wirken und in der Weise, wie sie heute gegen die Verschmelzung schreiben, für dielebte eintreten, so tam man überzeugt sein, daß auch bei denen die Vorurteile verschwinden würden, die heute noch darin gefangen sind. Daß die Fleischarbeiterfamilie in den genannten Städten zur Gründung von Losalervereinigungen schreiten würden, ist von diesen, die doch die Kerntruppe der Organisation mit bilden, auch nicht zu erwarten, da diese doch auch so weit vorgeschritten sind, um einzutreten, daß durch eine einzige Aussperrung ein Losalerverband lahmgelegt werden kann. In bezug auf Agitation muß doch Kollege Schneider von seiner eigenen Tätigkeit her wissen, daß es eine große Anzahl Orte gibt, wo die Zahlstelle eines einzelnen Verbandes nicht lebensfähig ist. Durch die Kreise einiger Mitglieder wird solche mit viel Rühe und Geduldswand gegründete Zillen aufgelöst. In der nächsten Zeit beginnt dann die Arbeit von neuem – mit demselben Resultat.

Durch eine Verschmelzung der Leder verarbeitenden Berufe wird hier das Bild ein ganz anderes werden, da man dann mit mehr Leuten rechnen kann. Auch Orte, wo von jeder Berufsgruppe nur ein paar Männer in Frage kommen, könnten mit mehr Erfolg bearbeitet werden. Heute liegen die Beziehungen so, daß die Initiatoren der Verbände in diese Orte kommen, sich aber mit um ihre Berufsgruppe bemühen. Mit demselben Ziel und Geldaufwand können die anderen Berufe mit bearbeitet werden. Auch kann es nicht mehr so leicht vorkommen, daß die teilenden Kräfte der Organisation von den Fabrikanten gemäßregelt werden, da die Vorstände immer aus den Berufen gewählt werden können, wo eine Maßregelung am wenigsten zu befürchten ist. Für die Behauptungen Schneiders, daß in den Industrieverbänden die kleinen Berufsgruppen vernachlässigt werden, ist der Beweis nicht zu erbringen. Bei dem Holzarbeiter- und Metallarbeiterverband zeigt sich im Gegenteil, daß die kleinen Berufsgruppen prozentual gegen die großen Gruppen am meisten zugewonnen haben. Redner bewies diese Angaben durch reichliches Zahlenmaterial. Auch alle übrigen Redner dieser Versammlungen, Sattler, Schuhmacher und Leder-

arbeiter, sprachen sich sehr entschieden für die Verschmelzung aus und unterzogen die Artikel in der "Sattler-Zeitung", die sich mit der Verschmelzung befassen, einer eingehenden Kritik. Der Standpunkt des Redakteurs dieser Zeitung, welcher in dem Satz zum Ausdruck kommt: "Was verbindet uns mit den Schuhmachern? Nichts, als daß auch uns Weber durch die Finger läuft!" wurde als lächerlich und absurd bezeichnet. Hier kann man wirklich sagen, daß die Beamten noch nicht reif sind, um die Verhältnisse richtig einzuschätzen. Mit doch jetzt die Gründung eines Verbandes der Lebensmittelindustrie beschlossene Sache. Hier sind die Unterschiede in den einzelnen Branchen noch viel größere. Man denkt nur an Brauer, Metzger, Bäder und Müller. Doch hat man hier eingeschenkt, daß man nur durch Zusammenschluß etwas erreichen kann.

Denn die größere Organisation kann in allen Studien vorteilhafter wirtschaften, kann für Unterhaltungs Zwecke prozentual mehr aufwenden und braucht für Agitations- und Verwaltungszwecke weniger Mittel als die kleine Organisation. Soll diese den dreistlichen und hirsch-Dundernden Verbänden gegenüber angewandte Weisheit keine Berechtigung mehr haben, wenn sie auf die "freien" Verbände angewandt wird? Es muß gegen den Willen der leitenden Personen eine kräftige Agitation für die Verschmelzung einsetzen, es muß auch hier der Druck von unten kommen. Die Mehrzahl der Filialen, welche sich mit der Verschmelzung befassen, hat sich trotz der Gegenagitation des Zentralvorstandes für die Verschmelzung ausgesprochen. Und doch kommt man immer wieder mit der alten, oft gehörten Aussrede: "Im Prinzip sind wir dafür, aber die Mitglieder sind noch nicht reif dazu. Man sollte doch lieber endlich der Weisheit die Ehre geben und zu zeigen, daß die Zentralvorstände doggen sind, weil sie im Industrieverband voransichtlich nicht mehr an leitender Stelle stehen, sondern sich mit einem untergeordneten Posten begnügen müssen. Folgende Resolution steht zur Abstimmung wurde von den Versammlungen einstimmig angenommen:

"Die zwei im Dezember tagenden kombinierten Mitgliederversammlungen der Sattler und Schuhmacher Kölns erblieben in der Verschmelzung der Organisationen der Lederarbeiter, Schuhmacher, Portefeuillen und Sattler zu einem Industrieverband einen besseren Schub gegen das Herrenamt und die Aussperrungsgesüste der Unternehmer. Durch die Vereinigung würden die Mitgliederversammlungen interessanter und durch wissenschaftliche Vorträge lehrreicher zu gestalten sein, ferner würde der Einzug auf das Gemüth der Industriellen durch große Versammlungen verstärkt. Durch einen Industrieverband würde mit mehr Erfolg und größerem Bestand an kleinen Orten und in entlegenen Bezirken agitiert werden, es würde die Aufklärung in jenen Bezirken ermöglicht, aus welchen die Unternehmer heute bei Lohnkämpfen die Arbeitswilligen beziehen und unser Übergewicht über die Konkurrenzorganisationen verstärkt. Aus diesen Gründen empfiehlt die Versammlung den beteiligten Verbänden, in Mitgliederversammlungen zur Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen und an die nächsten Generalversammlungen Anträge auf Zusammenschluß zu einem Industrieverband zu stellen."

Die Versammlung beauftragt die Ortsvorstände, in Betracht kommenden Organisationen, sobald wie möglich einen Tag festzusetzen zu einer gemeinsamen Konferenz der Sattler und Schuhmacher im Bau Rheinland-Westfalen. Die Versammlung beauftragt die Vorsteher genannter Organisationen, bei der Gauleitung der Lederarbeiter anzusprechen, um sich zu dieser Konferenz zu äußern.

Die Bekanntmachung der Konferenz hat in den Fachblättern der betreffenden Organisationen zu erfolgen."

D.

Anmerkung der Redaktion. Wir müssen verzichten, in den Ton des Berichtserstatters resp. des Gauleiters, Genosse Weber, zu versetzen. Wir bewundern nur, mit welcher Dreistigkeit tatsächliche Unrichtigkeiten in die Welt gebracht werden. Ein Mann, der im Gedanken und in Zahlenwiederholung eine solche Routine besitzt, darf uns eigentlich kaum zeigen. Jedenfalls wird uns der Zentralvorstand des Schuhmacherverbandes darüber Aufschluß geben, wer dem Gauleiter das Mandat gegeben hat, in einer solchen unverantwortlichen Weise über die Dispositionen eines anderen Centralvorstandes herauztreten. Dass der Mann sich für uns den Kopf zerbreche, an welche Stelle die leitenden Personen der anderen in Frage kommenden Verbände hingestellt werden, berührt uns mit gemischten Gefühlen. Jedenfalls kommt aber Genosse Weber als Mathematiker des zukünftigen Lederindustrieverbandes wohl kaum in Frage, was wir in folgendem beweisen werden.

Genosse Weber behauptet, daß unsere Organisation nicht nennenswerte Ausgaben für Streiks

und Ausperrungen im Jahre 1906 aufzuwenden hatte. Die Berechnungen der Generalkommission und auch der Jahresbericht unserer Organisation besticht uns darüber, daß der Vorstand der Sattler seit seiner Gründung noch nie sowohl in einem Jahre für die Verbesserung der Lebenshaltung seiner Mitglieder ausgegeben hat als gerade 1906. 33,40 Prozent der Gesamtausgaben verschlang die Streikunterstützung. Pro Kopf des Mitgliedes haben wir rund 8 Pf. für Streik und Ausperrung ausgegeben. Die Schuhmacher jedoch nur 5,70 Pf. Für Maßregelungswertung gaben wir pro Kopf 70 Pf., die Schuhmacher 15 Pf.; für Arbeitslosunterstützung gab unser Verband 4,22 Pf., die Schuhmacher 1,11 Pf.; für Krankenunterstützung gaben wir 1,08 Pf. die Schuhmacher 3,11 Pf. aus. Daß der Schuhmacherverband unter diesen Umständen eher zu Geldmitteln kommen konnte als wir, ist sehr klar. Trotzdem ist unser Vermögensbestand pro Kopf des Mitgliedes ein höherer als bei dem Schuhmacherverband. Die Sattler hatten 13,73 Pf., die Schuhmacher 11,11 Pf. Vermögen am Schluss des Jahres 1906. Wir waren in der Lage, noch mehr Zahlen anzuführen zu können, die die Berechnungen des Mathematikers zu Boden reißen würden. Er in bezug auf die Holzarbeiter und Metallarbeiter gemacht hat, jedoch fühlen wir kein Bedürfnis, die Verhältnisse anderer Verbände zu trüpfen. Wer darüber Berechnungen anstellen will, der studiere einmal die Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission und die Jahresberichte der einzelnen Verbände.

Wir haben diese Zeilen nicht geschrieben, um ein Wort für oder gegen die Verschmelzung zu sagen, sondern nur um zu zeigen, welche demagogischen Rüffte gebraucht werden, um die Mitglieder anderer Verbände für eine Sache zu begeistern, die nicht nur unserer Meinung, sondern auch einem beträchtlichen Teile unserer Mitglieder nach, noch nicht reif genug erscheint. Wer nur einen Blick auf die Stimmung der Postbeamten und Reisekoffertaschler wirft, also annähernd 6000 Personen, der wird sagen, daß wir noch sehr weit von einer Verschmelzung entfernt sind, obwohl sich hier die beiden Verbandsvorstände in dem Gedanken der Notwendigkeit der Verschmelzung einig sind, unbestimmt darum, wo das Schicksal der leitenden Personen hinfiebert. Gegen den Willen der Mitglieder läßt sich eine derartige Bewegung nun einmal nicht betreiben, das sollte doch auch ein Gauleiter der Schuhmacher verstehen. Die Liebe, welche der Gauleiter der Schuhmacher für unsere Mitglieder in den letzten Monaten zeigte, ist uns sehr auffallend und erinnert uns an die Aabel von der Liebe des Wolfes zum Lamm.

Wir bedauern zu dieser Abweiche gedrängt worden zu sein, um so mehr, als wir seit dem Artikel "Auf dem Wege zur Einheitsorganisation", der nur dazu bestimmt war, die Verschmelzungsfrage mit den Postbeamten in den Vordergrund zu rücken, nichts mehr gegen die Bestrebungen zum Industrieverband geschieben, sondern uns nur auf die Wiedergabe der Berichte beschäftigt haben. Aber einem solchen Wust von Unterstellungen und Unrichtigkeiten gegenüber, wäre Schweigen ein Verbrechen an unserer Organisation.

Streiks und Lohnbewegungen

Bottrop. Eine nette Weihnachtsüberraschung hatte der Hofwagenfabrikant E. Zimmermann seinen dort beschäftigten Kollegen bereitet. Als sie an einem der letzten Sonntage vor Weihnachten ihre Lohnbücher erhalten, fanden sie zu ihrem Erstaunen darin den schriftlichen Vermerk: von heute ab werden die Arbeitspreise um 10 Prozent herabgesetzt; vor damit nicht einverstanden ist, hat sich bis Montag zu erklären. Diese Maßnahme des Herrn Hofwagenfabrikanten war unseren Kollegen um so unverständlich, als sie mit ihrem Arbeitgeber einen Arbeitslohnabschluß hatten, der bis 1. April 1908, mit vierjährlicher Kündigung, bestand.

Von den übrigen dort beschäftigten Arbeitern waren die Schmiede, ebenfalls Alfordarbeiter, auch von der Lohnreduktion betroffen, während die Stellmacher und Lackierer, weil in Lohn beschäftigt, nicht in Betracht kamen. Die Kollegen wandten sich selbstverständlich sofort an die Organisation und beriefen zum Montagabend eine Betriebsversammlung ein. In derselben wurde beschlossen, daß der Gauleiter der Schmiede und meine Wenigkeit bei Herrn Zimmermann vorstellig werden und um die Zurücknahme der Lohnreduktion ersuchen sollte.

Am Mittwochabend begaben wir uns zu Herrn Zimmermann, um unseren Auftrag zu erledigen. Wir wurden von seinem „getreuen Friedrich“ der sich sonst einbildet, der Geschäftsführer der Firma zu sein, im Hause empfangen und nach unserem Begehr gefragt. Nachdem wir gesagt hatten, in welcher Angelegenheit wir kamen, verschwand befanter Herr auf einige Augenblicke im Hinterzimmer und dann mit dem Bescheid zurückzutreten, daß Herr

Zimmermann sich auf nichts einzulöse und mit seinen Arbeitern allein fertig werde.

Ich muß sagen, in so unhöflicher Weise bin ich bisher von einem Fabrikanten nicht abgewiesen worden. Wenn man als Parlamentarier kommt und wird dann wie ein Bettelmann im Hause aufgefordert, das ist jedenfalls der Gipfel der Unverschreitlichkeit.

Ich wandte mich, als letzten Versuch, schriftlich an die Firma und machte Herrn Zimmermann auf den Tarifabschluß aufmerksam sowie, daß seine Arbeiter sich nicht so ohne weiteres mit dem Lohnabzug einverstanden erklären könnten. Darauf schrieb ich, daß er mir seine Antwort durch den Gesprächsredner mitteilen sollte. Als ich im Laufe des Nachmittags anlangele, schwarte der Herr Geschäftsführer: "Herr Zimmermann verhandelt nur mit seinen Arbeitern und verbietet für jede Einmischung fremder Personen. Schluss." Am selben Tage fand abends eine Betriebsversammlung statt, wo wir Bericht erhielten. Die Kollegen gaben ihrer gerechten Enttäuschung über eine derartige Handlungsweise in den beiden Werken Ausdruck und es kostete einige Mühe, dieselben von unbedachten Scheinen abzuhalten. Man kam schließlich zu dem Beschlus: Sämtliche im Betriebe beschäftigten Arbeiter werden am Donnerstag früh bei Herrn Zimmermann wegen des Lohnabzugs vorstellig. Zuerst die Wagenmäster, dann die Schmiede und zuletzt die Stellmacher und Lackierer. Letztere beteiligten sich an der Demonstration aus Solidarität, weil sie sich ganz richtig sagten: diese Woche sind die Alfordarbeiter dran, kommt der Fabrikant damit durch, so sind wir am nächsten Sonnabend die Betroffenen. Von einer Kommission der Arbeiter nahm man deshalb Abstand, weil man aus Erfahrung wußte, daß gegen die Kommissionmitglieder allerhand Maßnahmen ergriffen wurden, die es denselben fast unmöglich machten, noch länger dort zu arbeiten. Dieser Beschluß wurde voll und ganz durchgeführt. Herr Zimmermann tat natürlich sehr erstaunt und meinte, es wäre gar nicht nötig gewesen, daß die Arbeiter zu ihm bemüht hätten, es wäre gar nicht so gemeint gewesen. Auch konnte er sich gar nicht mehr auf seine Unterschrift unter den Tarif befinnen, meinte dann aber schließlich, es sollte alles beim alten bleiben.

So hatten die bei Zimmermann beschäftigten Arbeiter durch ihren festen Zusammenhalt dem Unternehmer bewiesen, daß er keineswegs mit seinen Arbeitern machen kann was er will. Sie haben ferner die Benützung, daß sie die Lohnreduktion, die sich unter der heutigen herrschenden Leidung doppelt fühlbar gemacht hätte, ohne Arbeitsniedrigung rückgängig machen könnten. Das will außerordentlich viel besagen bei den Verhältnissen, unter denen wir augenblicklich arbeiten und kämpfen müssen.

Ich habe nur den einen Wunsch, daß die Kollegen allertorts so treu und fest bei derartigen Gelegenheiten zusammenstehen möchten wie die Arbeiter der Hofwagenfabrik von Zimmermann.

Am Sonntag, den 15. Dezember 1907, fand dann noch eine Werktatlassung der Firma Voigt, Sattel- und Geschäftsfabrik, statt, die sich mit der Kündigung des Tarifes beschäftigte. Es wurde von den Kollegen besetzt, daß eine Lohnaufbesserung wohl am Platze wäre. Nachdem alles für und wider sorgfältig erörtert war, kamen die Kollegen mit schwerem Herzen zu dem Beschuß, unter den obwaltenden Verhältnissen von einer Kündigung des Tarifes Abstand zu nehmen. Hoffen wir, daß, wenn der Tarif im nächsten Jahre läuft, die Zeiten sich so weit geändert haben, daß es den Kollegen möglich ist, mit Erfolg in eine Lohnbewegung einzutreten.

O. Langnitsch.

Aus unserem Beruf.

München. Zu dem Bericht in Nr. 25 v. J. ist noch hinzuzufügen, daß wohl eine gute Agitation in der Artillerieverstädt durchgeführt wurde, aber leider ohne Erfolg für uns. Von zirka 150 beschäftigten Kollegen sind 15 bei uns. Man ist wohl gewohnt, daß Gute, was geboten wird, zu nehmen, aber selbst mitzuhelfen hat man nicht nötig. Außer der von den freien Gewerkschaften an den bairischen Landtag eingereichten Petition sind ihnen wohl Vorschläge geboten, und ist die Leitung schon vorausgesetzt und hat die in der Petition geforderte "Werthebung" bereits eingeführt. Aber auch der Militär-Arbeiterverband, "das Verbände", wie er hier allgemein genannt wird, hat nicht geschlossen, sondern hat, nachdem er ein Zusammensein bei der vorhergehenden Petition absehne, jetzt selbst eine einge-

richtet. Sie ist ziemlich dasselbe, nur bei der Witwenversorgung geht man zum Schein noch etwas weiter. Während die erste von den Genossen im Landtag vertreten wird, weiß man von der zweiten noch nichts. Angenählt sollen alle Parteien sie vertreten, ganz nach ihrem bisherigen Verhalten. Hat man sich doch Vorträge halten lassen von Referenten aller

Schärfungen. Alles war so schön, nur ein Unheil ist ihm widerfahren. Die Arbeit der königlichen Artilleriehütte haben einen Zuschlag, wo immer Mitt' Dezember das gewünschte Geld ausbezahlt wurde. Damals in über der Unterhöfecke, "Collegie J. Schüller" oder Lage vorher vereinigt, aufgebaut nach Triest.

Aber auch das Oberhaupt hat den Gardeorden nicht einmal ihren lieben Kasten wiederbeschafft. Offiziell leidet das Verhältnis, welches noch nie ausgegeben wird, aber ganz Deutschland verbreitet werden soll, durch Unzufriedenheit dieser Gründer und Hauptstädte keinen Schaden. Es ist keinem amtlich nicht angekündigt, nimmt auch der Staatsanwalt die Sache nicht in die Hand. Betunnde wäre es mir und für mich zwecklos, denn Schüller dürfte wenig Bargeld mitgenommen haben. Nur das grenzenlose Vertrauen würde solange blind. Einzig ist noch verworben, daß er ausdrücklich Battler, bei dem er später war, gebürgt sind. Die anderen haben sich im Wald ausgetrieben. Die Summe dafür 5000 - 6000 M. betrugen. Von den Kollegen auch einmal zur Einheit zusammen. Denn nicht immer wird die Zahl, wie gegenwärtig, in der Weltkrieg verhängt werden. Wenn die Kollegen dann wieder in Betrieb kommen und die von uns errungenen Freiheit genießen, müssen sie ja an diesen Ort denken, sie sind gescheitert. Wir haben nicht dabei gesessen. Es ist lange her, daß die Artilleriehütte als Beispiel für die Privatbetriebe angesehen wurde, jetzt ist es umgekehrt. Ein Beispiel: "Stehen des Werktages". Unsere Mitgliedersteigerung von 142 auf 188 im letzten Jahr haben mir ausichtsreich und in privaten Betrieben genommen. Aber auch die Zentralverwaltung mit zu 75 Kollegen überdeckt hier ganz aus, auch dort haben wir keine Mitglieder.

Hoffen wir, daß das neue Jahr auch hier den Kollegen den Weg zeigt, wohin sie gehören und nicht mühsam zwischen.

R. M.

Rundschau.

Die Antwort der Regierung auf den Wahlrechtsantrag der Freisinnigen ist nunmehr erfolgt. Die Freisinnigen können nun wieder frisch aufzutreten. Schön am Vorabend des Verhandlungstages ließen die freisinnigen Männer durchblicken, daß sie mit einer bestehenden Abstimmung nicht einverstanden wären. Nun, nach der im Appellon vorgetragenen Erklärung des Ministerpräsidenten Bülow, gibt es gar nichts. Etwas anderes haben wir nicht erwartet, der ungemeine Einfluß der Junta und die leige Haltung der Liberalen dictieren der Regierung ihre Stellungnahme. Man hatte gewußt, daß die gewaltigen Demonstrationen am Sonnabendabend und am Sonntag, wo gleichzeitig Kundgebungen von Arbeitern in ganz Preußen versammelt waren, die mit langer Stimme die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen forderten, einen Erfolg auf die Vandalenherzen erzielen würden. Auch für die Berliner Verhältnisse gewaltige Demonstration am Freitagmittag, die den Regen im Landtag vorausgeholzt und grobhartig. Die Abgeordneten und auch die Minister sowie Bülow konnten sich dieser Situation nicht entziehen.

Wir wohlen also zum nächsten Landtag noch unter dem alten System. An der Arbeiterschaft wird es liegen, durch Ausübung ihres Wahlrechtes bis auf den letzten Raum, die Vollheiten dieses Wahlrechtes zu demonstrieren. Die Arbeiterschaft wird nicht ruhen, bis sie das Reichstagswahlrecht für den preußischen Landtag erkämpft hat.

Der Reichstag hat gleichfalls seine Arbeiten wieder aufgenommen. Bis zur Stunde dieser Niederschrift haben größere Aktionen nicht stattgefunden, jedoch erwarten in den nächsten Tagen interessante Debatten zu erwarten sein, da Stoff fehlt es sicherlich nicht. Die sozialdemokratische Fraktion hat aus Anlaß der am Sonntag in Berlin stattgefundenen Polizeiaufstände eine Interpellation eingereicht, zu der Bebel und Ritter als Referenten bestimmt sind.

Das Gesetz über die paritätischen Arbeitskammern ist den Bundesversammlungen zur Prüfung und Begutachtung zugegangen. In diesen Arbeitskammern sollen Arbeitgeber und Arbeiter paritätisch vertreten sein; vorgesehen sind Kammern für den Bergbau, die Eisenindustrie, das Holzgewerbe, die Bekleidungsindustrie und die graphischen Gewerbe.

Die Burgel von Berlin. Nach einer Schrift des bekannten Arztes Dr. Hirschfeld über den Alkoholismus in der Reichshauptstadt kommt in Berlin auf je 157 Einwohner eine Schenke. Im Jahre 1905 konsumierte jeder in Berlin durchschnittlich 234,81 Liter Bier, 4,50 Kilogramm Wein und 12,00 Kilogramm Spiritus, Branntwein und Essig. Der Berliner gibt durchschnittlich im Jahre aus: für Bier 75,18 M., für Wein 12,53 M., für Branntwein 13,14 M., zusammen 100,85 M. Da Summen-

gibt ganz Berlin für alkoholische Getränke und Trinkgelder jährlich 226 Millionen M. aus. Die Wirkungen des Alkohols treten in Erheiterung in der Sintflut von 5186 betrunkenen Männern und 240 Frauen. Außerdem im Sternfallen an Alkoholvergiftung, in Unfall- und Gewaltverunfälle, verursacht durch den Alkohol. Auch die Zahl der eberverlaufenen Adenom, d. h. ihren trümpflichtigen Männer dargestellten sind, in eine große, ebenso die Zahl der Kindererkrankungen, deren Eltern Trinker waren. Dagegen die Sünden des Alkohols in unserer Wehrbereitung nicht blind, es bekämpft diese mit der Bekämpfung des Branntweingeschäfts, aus dem sie seit 1887 3000 Millionen Mark gebracht hat. Also: wer recht viel hält, in ein brennendes Patriot!

Eine grauenhafte Statistik wurde vor kurzem von dem Departement des Innern in Washington herausgegeben. Sie ergibt, daß in den letzten neun Jahren in den Vereinigten Staaten 22 840 Menschen durch Unfälle im Betriebe der Kohlenbergwerke ums Leben gekommen sind, wovon die Hälfte die Todesfälle sich in den letzten 8 Jahren ereignet hat. 1906 wurden 6861 Menschen von Unfallsstählen betroffen, von denen 2061 tödlich verletzt. Diese Unfallziffer übertrifft diejenige in den europäischen Kohlenbergwerken vergleichsweise um ungefähr 300 Proz. Als Hauptursache der zahlreichen Unfälle werden die ungünstige technische Ausstattung der Bergwerke durch die Unternehmer und das unverantwortliche Umgehen mit Sprengstoffen verzeichnet.

Korrespondenzen.

Bremen. Am Sonnabend, den 4. Januar, tagte unsere Generalversammlung, in welcher die Jahresberichte entgegengenommen wurden. Zuvor gab der Stellvertreter den Haushalt für das vierte Quartal. Aus dem Vorstandsbereich ist zu erwähnen, daß 22 Versammlungen stattfanden, sowie drei Vorträge gehalten wurden. Auch das Abhalten von Versammlungen wurde nicht vernachlässigt. Der Arbeitsnachweis, welcher zu gleicher Zeit mit dem Verkehrs- und Verhandlungstafel nach dem Gewerkschaftshauses verlegt wurde, funktioniert jetzt bedeutend besser als früher. Eine eingeleitete Haussitzung verlief reibungslos. Die Lohnkommission wurde in zwei Fällen bei den Prinzipalen vorstellig, konnte aber wegen des indifferenten Verhaltens der befreiteten Kollegen keine Erfolge erzielen. Der Vorstandsbereich wurde mit Beifall aufgenommen. Es folgten binaus etliche Neuauflagen, worauf nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Schluss der Versammlung eingrat.

Leipzig. (E. 10. I.) Montag, den 6. Januar, tagte unsere Generalversammlung im "Volkshause". Es erfolgte erlich der Jahresbericht, welcher in Einnahme und Ausgabe 1187,25 M. betrug. Ausgeschlossen wegen rückständiger Beiträge wurden jedoch zwanzig ausgetreten und zwei Mitglieder. Der Mitgliederstand beträgt 329, darunter zehn ehemalige. Der Jahresbericht wurde mit Beifall aufgenommen; insgesamt: Rechnungsabschluß 215 M., Arbeitsförderung 374,50 M., Krankenunterstützung 1667,75 M., Sterbeunterstützung 175 M. Erfrankungsfälle waren zu verzeichnen: 58 mit 1229 Tagen; arbeitslos: 23 Fälle mit 323 Tagen. Hierauf folgte der Vorstandsbereich: Versammlungen haben 21 stattgefunden, darunter zwei öffentliche. Vorstandssitzungen: 26; Verhandlungen: 24; Vertrauensmännerbesprechungen: 4. An der Lohnkommission beteiligten sich 335 Berufsgenossen; an der Marktstätte waren 80 Kollegen beteiligt. Ausgespielt wegen Feiern des 1. Mai wurden 18 Kollegen auf drei Tage bei der Freiheit. Heute, am Freitagabend sind zu erwarten: Abreise der Delegation bei der Waggonfabrik Zittau; Maßregelung bei Chrobod u. Kiefer, welche nach 1½ Stunden Streitdauer wieder beigelegt wurde. Um das gesellige Zusammensein zu pflegen, wurde ein Wintervergnügen, zwei Ausflüge, eine Theater-Nachmittagsvorstellung, ein Familienabend und ein Sommerfest mit der Zentralraumtafel abgehalten. Hierauf folgten die Berichte der Geschäftskommission und des Arbeitsnachweises. Nach Schluss der Diskussion über sämtliche Themen schritt man zur Wahl sämtlicher Funktionäre, worauf Schluss der Versammlung eintrat.

Reutlingen. (E. 11. I.) Am Sonntag, den 5. Januar, fand unsere jährliche Generalversammlung statt. Unter dem ersten Punkt, Kartellbericht, wurden die vom Kartell geplante Volkshochschule mit Freunden besprochen und eine große Teilnahme von unserer Seite in Aussicht gestellt.

Bei Punkt 2 gab der Vorstand einen kurzen geistigen Redenbericht, dabei betonend, daß die Versammlungen regelmäßig stattgefunden haben und auch von den Kollegen zum größten Teil gut besucht waren. Nach einer Statistik, welche vom 1. Juni 1907 ab geführt wurde, war der Verjoin-

lungsbefund 90-95 Proz. Vorträge wurden abgehalten von Anger-Berlin, R. Müller, Henneisen, Mühlberg und Märker-Stuttgart. Loburbewegungen fanden nicht statt. In einem Fall mußte eine Abstimmung bei der Kirmes R. v. Süderer vorstellig werden, indem einem Kollegen nach den vorjährigen Abstimmungen nicht ausbezahlt wurde, jedoch noch Vorträgerwerden der Kommission die Sache anhandestes gewollt wurde. Die Mitgliederzahl ist von 16 auf 29 gestiegen, jedoch nach Schluss des Jahres wieder auf 16 heruntergegangen. Zwei Kollegen mußten wegen Nichtbezahlen der Beiträge ausgeschlossen werden, darunter ein Kollege namens R. Gels, welcher die Charakterlohnung bei sich ein Doktortitelchein von 15 M. geben zu lassen und gleich darüber eine Beiträge nicht zahlte. Dieser Ausfallkollege ist bloß dem Verband beigetreten, um in die Werkstatt von J. A. Schleifer zu kommen; jetzt sieht er darin und glaubt, nicht mehr mit seinem Kollegen für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen zu müssen, denn das werden diese schon bewirken. Die Neuwahlen brachten keine Änderungen, denn es wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die Versammlung wurde heraus vom Vorsteuern geschlossen mit der Mahnung an die Kollegen, im kommenden Jahre treu zur Sache zu halten und die Versammlungen fleißig zu besuchen.

Ausscheiden!

Ausbewahren!

Wichtig für Einzelmitglieder!

Die Einzelmitglieder möge ich hierdurch noch einmal besonders darauf aufmerksam machen, daß im ersten Halbjahr 1908, laut Befannung des Vorstandes in Nr. 23 unserer Zeitung, vier Extrabeiträge à 0,50 M. erhoben werden, und zwar je ein Beitrag am Schlusse der Monate Februar und März desgl. Mai und Juni falso nach der 9. u. 13., 23 u. 26. Woche. Diese Beiträge können selbstverständlich auch wie die ordentlichen Beiträge im voraus bezahlt werden, und erinnre ich die Kollegen bei ihren Geldsendungen hierauf Rücksicht zu nehmen und stets mitzuteilen, für welche Zweck die Geldsendung bestimmt ist.

Mitglieder, die in solchen Orten in Arbeit treten, in denen eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes sich nicht befindet, gelten als Einzelmitglieder und haben die Pflicht, so schnell wie möglich ihre Anmeldung beim Hauptklassierer Freis Münster, Berlin 80, 16 Adalbertstraße 56, zu bewerkstelligen. Das Mitgliedsbuch reip. Morte ist für diesen Zweck nebst Angabe der genauen Adresse einzuhänden. Ein unverschloßener Kuvert mit der Aufschrift „Geschäftsbriefe“ beträgt das Porto bis zu 20 Gramm nur 10 Pf. Diese Sendungen darf außer der Angabe der Adresse keinerlei schriftliche Mitteilung beilegen. Geöffnete Briefe im Gewicht von mehr als 20 Gramm kosten 20 Pf. Porto.

Der Beitrag für Einzelmitglieder beträgt pro Woche 15 Pf.

Das Mitgliedsbuch reip. Morte bleibt bis zur Abmeldung, die so rechtzeitig zu erfolgen hat, daß das Buch dem abreisenden Mitgliede noch zugestellt werden kann, in den Händen des Hauptklassierers. Plötzlich abreisende Mitglieder haben eine Adresse anzugeben, an die das Buch nachgezahlt werden kann. Geld ist nur per Postanweisung an obige Adresse einzuzahlen. Es ist immer nur der genaue Betrag (Anzahl der Wochen mal 15 Pf.) einzuzahlen. Rückporto und Bestellgeld trägt die Hauptfalle.

Für jede geleistete Beitragszahlung erfolgt eine Quittung, die über die Höhe des Beitrages sowohl wie auch über den Zeitpunkt, bis zu welchem gezahlt worden ist, Auskunft gibt. Diese Quittung gilt zu gleicher Zeit als Legitimation an Stelle des Mitgliedsbuchs und ist daher aufzubewahren.

Reiseunterstützung der Einzelmitglieder:

Abreisende Einzelmitglieder erhalten ihre Reiselegitimation Nr. 1 in der ersten Ver-

waltungsstelle, die dieleben berühren, desgleichen auch eine Reiseunterstützung im Betrage von 2 Mf., und zwar ohne Rücksicht auf die Entfernung oder Reisedauer vom Orte der Beschäftigung bis zur Zahlstelle.

Zur Leitung einzelmitglieder erhalten für die Strecke von der letzten Zahlstelle bis zum jeweiligen Beschäftigungsortheine Reiseunterstützung!

Zur übrigen verweise ich die Einzelmitglieder auf den § 22 des Statuts auf Seite 20 und auf die Bestimmungen des Regulatifs Seite 31.

Bestondere Pflichten der Einzelmitglieder.

Die Einzelmitglieder sind mehr als die einer geschlossenen Verwaltung angehörenden Mitglieder in der Lage, für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. In Erkenntung der Tatsache, daß das flache Land, namentlich für unsrer Freiheit, ein Reservoir der sogenannten „unverdorbenen“ Sattlergesellen ist, um das unsre Arbeitgeber in den Großstädten mit Vorliebe zurückzuziehen pflegen, wenn es sich um die Niederknüpfung der im Kampfe um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen stehenden Kollegen handelt, ist es heiligste Pflicht unsrer gewissermaßen sich auf Vorposten befindlichen Einzelmitglieder, in Friedenszeiten Aufklärung zu verbreiten und Mitglieder zu werben, im Kriege jedoch möglichst den Zugang der „Unverdorbenen“ nach den Kampforten fernzuhalten.

Einzelmitglieder, denen es ernst ist mit unsrer Sache, werden daher stets alle dahingehenden Maßnahmen unsrer Verbandsleitungen aus eifrigste unterstützen.

So ist es z. B. unbedingt notwendig, daß man sofort nach Arbeitsantritt den Besuch macht, mit den anderen sich noch am Orte befindlichen Kollegen in Verbindung zu treten. Sind mehrere organisierte Kollegen an einem Orte vorhanden, so ist es, um Porto zu erparen, angebracht, daß die Zeitungen unter einer gemeinsamen Adresse bezogen werden. Desgleichen können Geldsendungen aus dem gleichen Grunde gemeinsam abgeliefert werden.

Den Gauleitern gehen von Zeit zu Zeit die Adressen der Einzelmitglieder zu. Die Gauleiter haben die Pflicht, die Einzelmitglieder in der Agitation durch Aufendung von Material und so weiter zu unterstützen, was auch im weitesten Maße geschieht. Hieraus ergibt sich jedoch wiederum die dringende Notwendigkeit für unsre Einzelmitglieder, die Anfragen der Gauleiter auch zu beantworten. Unbedingt notwendig wäre es auch, daß ein abreisendes Einzelmitglied, welches mit dem Gauleiter bereits in geschäftlichem Verkehr stand, auch dieser Mitteilung von der erfolgten Abreise mache in.

Fritz Müntner, Hauptklassierer.
Berlin SO. 16, Adalbertstr. 56.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung.

Der Beitrag der Filiale Gelsenkirchen beträgt von jetzt ab 50 Pf.

Die Verwaltungsstellen werden erachtet, die Abrechnungen und Gelder für das vierte Quartal umgehend einzusenden.

Da in der nächsten Nummer der Zeitung das Adressenverzeichnis erscheinen soll, bitten wir bis zum 24. Januar etwaige Adressenänderungen einzufinden.

Die Sitzungen des Zentralvorstandes finden jetzt immer Mittwochs statt. Anträge oder Mitteilungen, die nur durch einen Beschluß des Vorstandes erledigt werden können, bitten wir spätestens Dienstag früh in die Hände der Verwaltung gelangen zu lassen.

Die Sitzungen finden nur nach Bedarf statt.

Die Extramarschen sind im Laufe dieser Woche den Vorständen der örtlichen Verwaltungsstellen zugestellt worden.

Das Mitglied Otto Duttmann, Buchnummer 1933, hat Dresden verlassen, ohne seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen. Wer den Aufenthalt des Mitglieds weiß, wird gebeten, die Adresse an Postleger L. Verndt, Dresden-N., Görlitzerstraße 29, gelangen zu lassen. Unterstützungen irgendwelcher Art sind an Obengenannten nicht anzusuchen.

Der Kollege Meyer, B.-Nr. 2023, wird erachtet, daß Mitgliedsbuch Nr. 8584, auf den Namen Weigel lautend, an den klassierer J. Eichner in Wiesbaden, Blücherstr. 14, zu senden.

Der Vorstand. P. Blum, Vorständender.

Eingänge im Monat Dezember 1907:

Eintrittsgelder der Einzelmitglieder:
Karte Nr. 4639, 4640, 5098, 5160. Summa 2,- Mf.

Beiträge der Einzelmitglieder:

Bud.-Nr.	Bud.-Nr.	Mf.	Bud.-Nr.	Mf.	
12 306	1.80	3 620	3.00	11 094	3.60
9 175	1.80	19 044	3.00	2 414	3.15
4 838	4.50	4 740	4.50	3 600	2.70
4 698	1.80	13 299	4.50	249	2.70
11	4.95	3 075	3.80	10 611	5.85
1 832	4.95	4 997	2.70	4 636	2.25
12 003	8.10	10 550	4.50	4 561	4.50
33	4.95	108	3.15	4 837	4.50
9 047	2.25	M. i. Z.	10.80	4 562	4.05
1 818	4.50	5 098	2.25	4 863	4.95
4 639	1.80	5 100	—45	3 508	3.60
4 640	1.80	11 024	1.35	12 753	1.80
2 040	4.50	5 096	1.35	10 409	2.25
12 139	2.25	5 097	1.35	58	8.10
6 000	—9.—	148	4.95	10 881	4.50
1 348	1.80	162	3.00	12 998	4.50
13 049	—45	1 164	2.25	6 266	3.60
4 999	2.70	13 650	4.05	6 419	1.80
4 697	2.70	1 367	5.85	3 732	2.70
17	4.95	1 057	4.50	1 599	4.05
1 287	2.25	9 292	5.85	3 891	4.05
10 870	2.25	75	4.95	Summa 239,85	

Einsendungen der Verwaltungsstellen:
Hamburg 350,—, Dresden 400,—, Neutlingen 40,—, Offenbach 600,—, Halle 100,— Mf.

Fritz Müntner, Hauptklassierer,
Berlin SO. 16, Adalbertstr. 56.

Sterbetafel.

Berlin. Erhard Köhler, Galanterieträger, 56 Jahre alt, Achtkopfswindfuß.

— Paul Heger, Wagensattler, 62 Jahre alt, Herzähmung.

Strich. 8. Januar, Georg Niedinger, 20 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Bücherschau.

Die Reichstagswahlen des Jahres 1907 und die politische Lage. Rede Bevels auf dem Essener Parteitag. Preis 20 Pf.

Der Hochverratsprozeß Liebknecht vor dem Reichsgericht. Verhandlungsbericht nebst einem Nachwort. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 1 Mf. Agitationssausgabe 50 Pf.

Der Prozeß hat weit über die Grenzen Deutschlands hinaus im Proletariat allgemeine Aufmerksamkeit und Entrüstung hervorgerufen. Der vorliegende Bericht ist nach stenographischen Aufzeichnungen durchgesehen und ergänzt und bildet ein wichtiges Dokument zur Beurteilung der politischen und rechtlichen Zustände im Deutschen Reich.

Der nationalliberale Parteitag und die Sozialdemokratie. Eine Rede Bevels, in Berlin am 16. Oktober 1907 gehalten. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Pf.

Bevel geholt in seiner Rede die Blodpolitik, als deren Kern sich die nationalliberale Partei brachte. In allgemeinen Umrissen zeichnet er die politische Situation und das kulturdidige und volksfürstliche Verhalten der Blockparteien und der Regierung zur preußischen Wahlrechtsfrage.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Von dieser Sammlung ist soeben das zweite Heft: Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871—1876 von A. Bebel erschienen.

Die Aufnahme des ersten Hefts hat gezeigt, daß mit der Veröffentlichung dieser alten Dokumente einem Bedürfnis entsprungen wurde. Wie empfehlen auch dieses zweite Heft den Verlag. Preis 1 Mf. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jeder Vorortagent, sowie auch der Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen.

Utenroot. Briefe aus der Heide an meine Freunde, von Jürgen Brand. Mit Buchdruck von Verfasser. Preis gebunden 1,50 Mf. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Der Bildungsanschau der sozialdemokratischen Partei führt in seinem Verzeichnis empfehlenswerter Jugendbüchern:

Arend Brand, der den kleinen und großen Freien der Kinderzeit der „Gleichheit“ seit langem ein lieber Bekannter ist, bietet in diesem wertvoll ausgestalteten Buchlein zwölf Briefe, die er den Kindern in den zwölf Monaten des Jahres aus seinem „Arendoot“ schreibt. In jedem dieser Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen. Aber die Art, in der dies geschieht, ist nicht eine ermüdende, langweilig-verdrende, sondern das Buch ist mit dem Herzen geschrieben und geht zu Herzen. Ernst und innig spricht hier der alte Freund zu der Jugend auch von dem Geist und Geheimnis der Menschwerdung. Das Buch ist eines der besten Jugendbüchern und sollte in seinem Arbeiterheim gefunden werden.

Es ist aber auch ein Buch, zu dem jeder Erwachsene immer wieder greifen wird, wenn er es einmal gelesen hat.

Praktischer Ratgeber bei Steuererhöhung und Steuererklamation nebst Preußischem Einkommenssteuergesetz vom 19. 6. 1906/18. 6. 1907 (23) sowie Ausführungsbestimmungen und Formularen. Von einem Steuerberater. Verlag: L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. 128 Seiten. Preis 60 Pf.

Süddeutscher Postillon, Nr. 2 (Verlag von M. Ernst, München). Drei vorzülliche farbige Farbtafeln schmücken sie: Beilese, Ich läßt Dich? Der Blod gefügt. — Einsicht Alpprecht! — Diese Nummer ist besonders zu empfehlen, weil sie die Stellung des Kreisins in der Wahlrechtsfrage recht treffend illustriert. Preis pro Nummer 10 Pf.

Webers Kleines Konversations-Lexikon. Siebente, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 130 000 Artikel und Nachweise auf über 6000 Seiten Text mit etwa 520 Illustrationsstafeln (darunter 56 Farbendrucktafeln und 110 Karten und Pläne) mit etwa 100 Textbeilagen. 6 Bände in Hardsleder gebunden zu je 12 Mf. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Doch auch der dritte Band des „kleinen Meyer“ seien beiden Vorgängern in keiner Hinsicht nachstehend gleich vorweggenommen. Schon bei flüchtigem Durchblättern fällt wieder die Reichtholigkeit und Schönheit der Illustrationsbeilagen auf, wie sie gerade für die Meyers Lexika kennzeichnend sind. Von besondrem, technisch interessanten Beilagen heben wir hervor: „Glasfabrikation“, in der uns unter anderem sehr klare Darstellungen des Sievertschen Verfahrens auffallen; „Wälzerzeugungsmaschinen“, wobei gleichzeitig die Maschinen für flüssige Zuckr gut verständigt sind; „Gründung“, eine Beilage, der man anmerkt, daß sie — ebenso wie „Kanalisation“ — von einem durchaus modernen Spezialfachmann herabstet; „Gießerei“, „Goldgewinnung“, „Doseñaulagen und Leuditürme“, „Gefängnisweisen“, „Mands“, „Heizungsanlagen“, „Holzverband“ und vor allem die Beilage „Holzbearbeitung“, die in außerordentlich anschaulicher Weise textlich und illustrativ die ganze Materie (Sägen, Dauen, Schneiden, Raspen, Hobeln, Bohren, Drehen usw.) vereinigt. Doch daneben die anderen Zweige unseres Wissens und Könnens nicht zu kurz getommen sind, ist selbstverständlich. Eine farbige Doppeltafel „Glastunkindustrie“ und eine ebensole „Keramit“ fällt wegen der zeitgemäßen Auswahl der Objekte ebenso ins Auge wie wegen der herrlichen Ausführung. Sehr reich ist der botanisch-landwirtschaftliche Inhalt, der Tafeln über Gärten und Obstbau, Gemüsepflanzen, Genussmittel, Pflanzen, Getreide, Obstpflanzen (Vinttafel), Gräser und Industrietafeln umfaßt. Zoologisch sind Kaniichen, Halbaffen, Halb- und Haustiere, Greifvögel, Hühnerarten (Vinttafel), Hühnervögel, Hunde, Fledermausfresser, Käfer (Vinttafel) und Kamele durch Tafeln vertreten. In gleicher Weise könnten wir ebenso zahlreiche Beispiele für Mineralogie und Geologie, für Geographie, für Kunst usw. aufführen. Einzelne Artikel, unter denen sich speziell für uns sehr interessante in großer Zahl befinden, anzuführen, fehlt uns der Raum; vielleicht kommen wir auf einiges noch später zurück.

Verband der Sattler und verwandten Berufsgenossen in der Schweiz.

Cir des Zentralvorstandes: Bern.

Zentralpräsident: G. Wermuth, Weizenbühlweg 48. Zentralkassierer: J. Lanz, Herzogstr. 10.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Sparten sind verbängt über Speer in Albisrieden bei Zürich, Schuhmacher in Herisau bei St. Gallen, Banzenreiniger in Neßlau, Toggenburg, St. Gallen sowie über Buba in St. Moritz (Graubünden).

Laut § 20 unseres Statuts beruhen wir auf den 17. und 18. April 1908 die ordentliche Generalversammlung nach Olten. Vorstel wird noch bestimmt werden!

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Wahl des Kurzus und der Deputationskommission.
2. Festlegung der Geschäftsordnung.
3. Bekanntgabe der Präsidialrie und Feststellung der Entschädigung an die Delegierten.
4. Bericht des Zentralvorstandes des Verbandes.
- a) Bericht des Protokolls der Generalversammlung von Zürich 1905.
- b) Bericht des Präsidenten.
- c) Bericht des Kassierers.
5. Bericht des Zentralvorstandes der Krautfasse.
- a) des Präsidenten.
- b) des Kassierers.
6. Berichte der Sektionsdelegierten.
7. Anträge und allgemeine Verbandsangelegenheiten.
8. Verschmelzungsfrage mit dem schweizerischen Schuhmacherverband und Statutenberatungen, eventuell Änderungen unseres bisherigen Statuts.
9. Anstellung eines ständigen Sekretärs.
10. Wahlen.
- a) der Vorortsektion, des Verbandsvorstandes.
- b) sowie eventuell Wahl des Ortes der Hauptverwaltung der Krautfasse.
11. Bestimmung von Ort und Zeit der nächsten Generalversammlung.
12. Verschiedenes.

Die Sektionen werden erachtet, uns bis spätestens 1. März 1908 eventuelle Anträge einzurichten, damit diese noch rechtzeitig den Zeitpunkten zur Beratung unterbreitet werden können. Ebenfalls sind nach § 21 die Delegationswahlen vorzunehmen und die Wahlergebnisse bis 24. März dem Zentralvorstand bekanntzugeben.

Sonntag, den 29. Dezember 1907, nachmittags 1½ Uhr, versammelten sich die Zentralvorstände der Schuhmacher und Sattler nebst Kollegen der beiden Berufe im "Volkshaus" in Bern zur letzten Versprechung und Belehrung in der Verschmelzungsfrage dieser Verbände. Anwesend waren ebenfalls Genosse Calame, Kassierer des Gewerkschaftsbundes, welcher als Tagespräsident amtierte, und Kollege Spiegelberg als Sekretär.

Der Statutenentwurf, welcher zurzeit vom Zentralvorstand der Sattler angefertigt worden ist, wurde durchberaten und auch teilweise abgeändert. Die hauptsächlichsten Änderungen waren das Beitragswesen, wo man drei Klassen schaffen musste, indem für jugendliche Arbeiter (solche unter 18 Jahren, Fabrikshabemacherei) und weibliche Arbeiterinnen eine dritte Klasse beibehalten werden musste. Die verschiedenen Unterstiftungswege sind ebenfalls festgelegt resp. nach der Angabe Jahre des Verbandsangehörigkeit angezeigt worden. Beschllossen wurden, diejenen Entwurf in einer Anzahl von Exemplaren drucken zu lassen und zur Beratung an die Sektionen beider Verbände zu verteilen. Änderungsanträge hierfür sind an den Zentralvorstand zu senden. Damit die schon vor 1½ Jahren lancierte Verschmelzungsfrage einmal nach einer Seite hin gelöst werden kann, so mögliche der Zentralvorstand vom Beischluß der Generalversammlung in Zürich, daß die nächste Generalversammlung in Basel abzuhalten sei. Abstand nehmen und beruft dieselbe nun auf das vorerwähnte Datum nach Olten ein. Der Schuhmacherverband hält dieselbe ebenfalls zu gleicher Zeit ab (Charfreitag und Samstag). Wegen Zeitmangel konnte diese nun beschlossene Sache nicht als Antrag zur Abstimmung unterbreitet werden. In Anbetracht der Sachlage erwarten wir jedoch von den Sektionen, speziell von Basel, daß uns hinsichtlich der wichtigen Angelegenheit keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden, damit eine gegenseitige

Ausprache gepflegt und auf diese Art das heile Recht erzielt werden kann, was für unseren Verband gewiß von Vorteil ist, wenn der Anschluß vollzogen und als unumkehrbar bezeichnet werden kann. Zielen wir uns nur einmal eine Stütze, könnten unser Verband auf einem größeren Blatte, wie z. B. Zürich, Bern oder Basel, einen Streit führen über bestreitbare Mängel durchzuführen? Mit keinem müssen wir antworten. Niemals ein großer Verband gespalten, solche Vereinigungen durchzuführen und in die Menge auch nicht so allgemein, so kann das zufällige Feld der Beiträge eine solche Bewegung immerhin hochhalten, was bei einem kleinen Verband nie möglich wäre, und so wäre doch verschiedenes auszutragen. Würde unser Verband tatsächlich solchen zählen wie unser Bruderverband in Denkendorf, dann wären wir auch fröhlich genug, alles selbst durchzuführen zu können. Aber hier in der Schweiz wird in vielleicht 10 bis 15 Jahren nicht einmal die Zahl 700 organisierte Sattler gezählt werden, man kann nur die Verhältnisse betrachten und es wird jedem klar werden, warum! Zum weiteren muß noch angeführt werden, daß wir folzugen nach dem Statut des schweizerischen Ge-

werkschaftsbundes gebunden sind alle kleinen Verbände, mit einem anderen Verband ein Bündnis zu schließen. Was die Rechte im Falle des Zusammen schlusses anbelangt, so treten diese vom festgesetzten Hebertrittsdatum an in Kraft, sofern die Stärke des bis dahin angehörigen Verbandes absolviert ist.

Vom vorliegender Tagesordnung wird Punkt 8 und 9: Verschmelzungsfrage und Sekretärmahl des Verbandes, jedenfalls gerade von Anfang an (Charfreitag morgens 10 Uhr) behandelt werden, sowie die eventuell noch dazu gehörigen Geschäfte. Hierauf wird jeder Verband noch seine weiteren Geschäfte für sich aufstellen. Zur Wahl des Sekretärs wird noch angeführt, daß der selbe, wie schon geschildert wurde, seit 1. Oktober 1907 seitens des Schuhmacherverbandes besteht.

Redaktionsschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Januar.



Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Sattler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands
„Hoffnung“ E. H. 64.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 1. Februar, abends 9 Uhr,
bei Weihnacht, Grünstr. 21

Quartals-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907.
2. Jahresbericht und Abrechnung für 1907.
3. Neuwahl des halben Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Jahresliches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Filze für alle gewerblichen Zwecke.

Spezialität: Sattelfilze
in vorzüglichster, gut ausgearbeiteter Qualität.

6	8	10	12	14	16	mm Dicke
8,40	9,90	11,50	12,50	14,—	14,50	Mart
18	18	20	22	24	mm Dicke	
16,	18,—	20,—	22,—	25,—	Mart	

pro Meter bei 180 cm Breite;
bei Abnahme von 10 Meter 5% Rabatt.

Lieferbar in goldsolive, dunkelsolive, blau, braun und auf Wunsch in anderen Farben.

Vertreter gesucht.

I. W. Schultz, Dresden N., Luisenstraße 10.

Sattler,

im Beschlagen von Helmen und Anfertigung von Husarenmützen perfekt, sucht
der sofort

F. H. Thieme,
Militärfabrik - Fabrik,
Magdeburg.

Treibriemen- Lederabfälle,

sonstiges altes Leder und
Gummiaabfälle kauft,
bemerkte Öfferten und
Quantumangabe stets er-
wünscht.

J. Sternlicht,
Halle a. S.

Verband der Sattler. Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 8. Februar
in Louis Kellers Festsaal
Joh. Freyer, Koppestr. 29

Gr. Berliner Maskenball

Um 1 Uhr Kaffeepause.

Während derselben

humoristische Vorträge,
ausgeführt vom „Ulf-Trio“.

Überraschungen.

Eröffnung 8½ Uhr. Anfang 9 Uhr.
Eintritt 0,50 Mt.

Um zahlreichen Beifall erachtet

Das Komitee.

Willsts sind im Bureau sowie bei den Werkstattvertrauensleuten zu haben.

Sattlerei,

alte Koststelle, wegen Todestalls sofort zu verkaufen.
Zu erfragen bei Lindemann, Berlin, Blücherstr. 491

In gänzlich neuer Bearbeitung
erscheint gegenwärtig:

Meyers
Kleines



Konversations-Lexikon

Siebente Auflage

6 Halblederbände
zu je 12 Mark

Leipzig und Wien
Bibliographisches Institut

